

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erschint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei im Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,25 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungsliste für 1888 unter Nr. 249.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW, Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Bentzstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Abonnements-Einladung.

Für den Monat Dezember eröffnen wir ein neues Abonnement auf das

„Berliner Volksblatt“

das dem wöchentlich erscheinenden Sonntagsblatt.

Das „Berliner Volksblatt“ tritt in jeder Beziehung die Interessen der werthvollsten Bevölkerung, jetzt wo hochwichtige Reichstagsverhandlungen, die das Interesse der Arbeiter im höchsten Grade berühren, vor der Thür stehen, ist es Pflicht uns zu bedenken, dem das Wohl der Arbeiter am Herzen liegt, ein Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu lesen.

Als die Organe spekulativer Kapitalisten werden die Arbeiter über ihre eigentliche, jammervolle Klassenlage aufklären, — gegen sie, die sie haben ein ausgeprochenes Interesse: daran, das arbeitende Volk in der Gleichgültigkeit zu erhalten. Die unwissende Leute sind willige Objekte der Ausbeutung und Verachtung unserer Gegner.

Darum, Arbeiter Berlins, fort mit den Bourgeoisblättern, sondern für täglich beschimpft und verspottet werdet, schafft euch in der bewegten Zeit, die nahe bevorsteht, ein euer Organ, welches auch nun schon seit Jahren treu zur Seite steht, welches am meisten eintritt für die Freiheit und Emanzipation des arbeitenden Volkes!

Im Heften unseres Blattes veröffentlichten wir den berühmten Roman des russischen Realisten Dostojewski:

Raskolnikow.

Neu hinzutretenden Abonnenten wird der bisher erschienenen Theile des Romans gratis nachgeliefert.

Der Abonnementspreis beträgt frei ins Haus monatlich 4 Mark 35 Pf., wöchentlich 35 Pf. Bei Selbstabholung 3 Mark 35 Pf. Expedition, Zimmerstraße 44.

1 Mark pro Monat.

Bestellungen werden von sämtlichen Zeitungs-Expeditionen, sowie von der Expedition unseres Blattes, Zimmerstraße 44, entgegen genommen.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen für den Monat Dezember gegen Zahlung von 1 M. 34 Pf. an.

Die Redaktion und Expedition des „Berliner Volksblatt“.

Das afrikanische Fieber.

Das muß man sagen, es giebt immer noch Leute, die eine sehr gemüthliche Auffassung von unseren schwierigen Verhältnissen haben und die gar nicht zu bemerken scheinen, welche Leiden über den Zeitalterschnitt verhängt sind, den wir durchleben. Wir stehen unter dem Druck einer steten

Feuilleton.

Raskolnikow.

Roman von F. M. Dostojewski.

Aus dem Russischen übersetzt von Wilh. Dandel.

Raskolnikow legte die Feder hin, aber anstatt aufzuheben und fortzugehen, stützte er die Ellbogen auf den Tisch und schaute den Kopf zwischen den Händen zusammen; es war, als ob ihm ein Nagel in den Scheitel geschlagen würde. Ein sonderbarer Gedanke fuhr ihm durch den Kopf; sofort wußte er, was er thun wollte. Er stand auf und trat zu dem Schreibtisch, zu Nikolim Fomitjisch heranzutreten und ihm alles zu erzählen, was er gestern gethan hatte; alles, mit allen Einzelheiten. — dann mit ihm in seine Wohnung zu gehen und ihm die Sachen im Winkel hinter der Tapete zu zeigen. Der Drang, es zu thun, war so stark, daß er schon im Begriff war, aufzustehen, um ihn auszuführen. Sollte er nicht wenigstens eine Minute lang noch überlegen? fuhr er sich durch den Kopf. „Nein, lieber gar nicht erst nachdenken, und basta!“ Plötzlich aber blieb er wie angewurzelt stehen. Nikolim Fomitjisch sprach eifrig mit Uja Petrowitsch und er fing folgende Worte auf:

„Nicht möglich, man wird sie beide freilassen müssen. Ich widerspreche alles dieser Annahme; urtheilen Sie selbst: Weshalb hätten sie da den Hausknecht gerufen, wenn er es gethan hätten? Etwas um sich selbst zu benezigen? Oder aus Schmeichelei? Nein, das wäre schon überschlaun! — den Studenten Petralow haben beide Hausknecht und eine Frau selbst gesehen, als er in die Pforte trat; er ging mit drei Bekannten und trennte sich von ihnen beim Thormweg; dann fragte er die Hausknechte nach dem Weg zum Bekannten nach der Wohnung. Nun, das wohl jemand sich erst nach der Wohnung erkundigt, wenn er mit solchen Absichten umgeht? Und doch, — hat, bevor er zur Alten hinaufging, eine halbe

Kriegsgefahr, die auch für den Frieden fortwährend sich steigende Rüstungen herbeiführt und die, wenn es so fort geht, den Staaten bald unerschwingliche Lasten auferlegen wird. Handel und Industrie können zu keinem rechten Aufschwung mehr kommen, das Handwerk liegt darnieder und die Geschäfte stoden, von den Leiden der Arbeiter erzählen uns die Berichte der Fabrikinspektoren alljährlich, die Landwirtschaft klagt über ihre Noth und die Verschuldung des Grund und Bodens nimmt zu, wie die Massenarmuth. Die Konzentration des Besitzes in immer weniger Händen vollzieht sich mit großer Schnelligkeit. Von den politischen Zuständen wollen wir weiter nicht reden, denn diese — schreien für sich selbst. Trotz aller schönen Sätze und Schlüsse der Philosophen könnte es dem Pessimisten schier gar scheinen, als ginge die alte europäische Kultur zurück, um einer neuen Platz zu machen. Aber woher soll die neue kommen? Vielleicht mit einer Völkerwanderung von Osten nach Westen? Dann gute Nacht, zivilisiertes Europa!

Solche Gedanken machen wir uns über die Leiden unseres Zeitalters, die ein einzelner Mensch nicht wohl ändern kann. Aber die leichtfertigen Leute scheinen von alledem gar nichts zu bemerken. Wir wissen nicht, wie es mit dem „Patriotismus“ des Herrn Dr. Rohlf's, des bekannten Afrikanerlebens, bestellt ist; soviel aber scheint uns sicher, daß ihm die ganze deutsche Misere und was aus derselben noch entstehen kann, nicht den hundertsten Theil des Rummers macht, den ihm der Dr. Schnitzer im Sudan, resp. in Pasa sch bereitet. Er läßt nicht ab, der deutschen Nation zu predigen, daß sie die Mittel aufbringen müsse, um den Dr. Schnitzer zu „retten“, obgleich man weiß, daß dieser Dr. Schnitzer gar nicht gerettet sein will.

Rohlf's sagt, daß er zweihundert Mann brauche, um die Expedition auszuführen. Diese zweihundert sollen Deutsche sein, da er sich auf die Afrikaner nicht verlassen will. Dazu will er noch tausend Träger engagieren; die Deutschen sollen nur mit Waffen und Munition belastet sein. Er glaubt, daß man die Strapazen des Marsches und die Gefahren des Klimas überwinden könne. Nun muß man sich doch zunächst darüber klar sein, daß für eine Truppe von 1200 Mann der Marsch durch wenig erforschte Gegenden die größten Schwierigkeiten bietet, hauptsächlich wegen des Transports der Lebensmittel. Als seinerzeit Gordon in Khartum eingeschlossen war, wurden die Schwierigkeiten einer Expedition zu seiner Rettung reichlich erwogen und die Engländer, die in solchen Angelegenheiten doch am meisten bewandert sind, schrien vor den ungeheuren Schwierigkeiten zurück. Rohlf's wird aber sicherlich mit seiner Expedition nicht auf die Hilfsmittel rechnen können, die einer englischen Expedition zu Gebote gestanden hätten. Mit den Beschwerden des Klima's nimmt es der Herr Dr. Rohlf's etwas

leicht; in dieser Beziehung hat man in Afrika schon Dinge erlebt, die gegen eine Expedition die ernstesten Bedenken erwecken müssen.

Daß in Deutschland zweihundert junge und kräftige Männer aufzutreiben sein werden, die entschlossen sind, eine solche Expedition mitzumachen, daran zweifeln wir nicht im mindesten. Schon die Erwerbsverhältnisse bringen es mit sich, daß es nicht an solchen Leuten fehlt, welche lieber bei einem abenteuerlichen Unternehmen ihr Leben in die Schanze schlagen, als sich mit den kleinlichen Sorgen des täglichen Erwerbs abquälen. Die Theilnehmer an einer solchen Expedition werden sich darauf gefaßt machen müssen, daß sie zum größten Theil nicht mehr zurückkehren. Die Strapazen des Zuges werden die minder Kräftigen dahin raffen; dazu kommen aber auch noch, wie Gerhard Rohlf's bemerkt, die Kämpfe mit den Eingeborenen, die natürlich einer solchen Invasion alle nur denkbaren Hindernisse entgegenzusetzen werden. Diese Kämpfe werden um so verlustvoller sein, als die Eingeborenen sich darauf verlegen werden, durch hinterlistige Ueberfälle und kleinen Krieg ihren Feind zu dezimiren. Wenn dann einmal die unzuverlässigen Träger, wie es oft vorkommt, die Expedition im Stiche lassen, dann ist sie verloren.

Nehmen wir indessen an, daß die Expedition in ihren Mannschaften bezimirt wird, aber sonst an ihr Ziel kommt, werden dann die wenigen Leute wirklich die Verhältnisse im Sudan umgestalten und den Dr. Schnitzer „retten“ können? Doch wohl schwerlich, denn was Gordon, dem größeren Machtmittel zu Gebote standen, nicht vermochte, wird Rohlf's auch nicht zu Stande bringen; er wird so wenig wie Gordon über die Volksbewegungen unter den Sudanesen Herr werden können. Wenn Rohlf's bei Dr. Schnitzer angelangt ist, so wird er eben mit demselben abgeschnitten sein und dann werden unsere „Patrioten“ wahrscheinlich eine zweite Expedition, und zwar zur Rettung von Rohlf's, auszusenden wollen. Und schließlich wird man auch noch verlangen, daß das Reich selbst eingreife und eine militärische Expedition nach dem Sudan in Szene setze. Man weiß ja, wie schnell unsere Handelsherren dabei sind, solche Unternehmungen zu fördern, denn sie versprechen sich immer Vortheile davon und erzielen sie auch gewöhnlich.

Aber wir möchten dem deutschen Volke dringend empfehlen, sich von diesem afrikanischen Fieber nicht beherrschen zu lassen. Unsere Aufgaben liegen wahrlich nicht im Sudan und wir haben besseres zu thun, als uns in überseeische Abenteuer zu verwickeln, deren Ausgang nicht abzusehen ist. Auch ist das Geld bei uns nicht in so überflüssigen Massen vorhanden, daß wir uns so leicht den Luxus afrikanischer Expeditionen erlauben können. Wenn einige Herren es ohne solche Expeditionen absolut nicht mehr aushalten können, so mögen sie die Kosten derselben doch aus ihrer Tasche bestreiten!

Stunde lang bei dem Silberarbeiter unten gefessen und ist genau um dreiviertel auf acht hinaufgegangen. Jetzt erwägen Sie . . .

— Aber erlauben Sie, wie konnte ein solcher Widerspruch stattfinden: sie selbst behaupten, daß sie gelockt haben und daß die Thür verschlossen gewesen sei, — und nach drei Minuten, wie sie mit dem Hausknecht hinaufkommen, finden sie die Thür offen.

— Das ist eben der Kosus: der Mörder sah jedenfalls drin und hatte von innen zugehalten; man hätte ihn sicher erwischt, wenn doch nicht die Dummheit begangen hätte, auch hinab zu gehen. Jener aber hat diesen Zeitpunkt benützt, um hinunter zu laufen und irgendwie bei ihnen vorbei zu schlüpfen. Koch befreuzt sich mit beiden Händen und sagt: „Wäre ich da geblieben, so hätte er mich auch mit dem Beil todtgeschlagen.“ Er will ein Dankgebet abhalten lassen . . . ha, ha!

— Und den Mörder hat niemand gesehen? — Wie wäre das auch möglich? Das Haus ist eine wahre Arche Noah, bemerkte der Sekretär, welcher von seinem Platz aus zugehört hatte.

— Das ist klar! das ist ganz klar! wiederholte Nikolim Fomitjisch eifrig.

— Nein, die Sache ist sehr unklar, erwiderte Uja Petrowitsch.

Raskolnikow nahm seinen Hut und ging zur Thür, kam aber nicht so weit . . .

Als er wieder zu sich gekommen war, sah er, daß er auf einem Stuhl saß; rechts unterstützte ihn jemand und links stand ein anderer mit einem Glas, gefüllt mit einer gelblichen Flüssigkeit; vor ihm stand Nikolim Fomitjisch und blickte ihn aufmerksam an; — er wollte aufstehen.

— Was bedeutet das, sind Sie etwa krank? fragte Nikolim Fomitjisch ziemlich scharf.

— Schon als er unterschrieb, konnte er kaum die Feder führen, bemerkte der Sekretär, sich auf seinen Platz setzend und seine Papiere wieder vornehmend.

— Sind Sie schon lange krank? rief Uja Petrowitsch

von seinem Platz aus; auch er blätterte in Papieren; während der Kranke ohnmächtig war, hatte er ihn ebenfalls betrachtet, dann aber sich wieder auf seinen Platz zurückbegeben, als jener zu sich kam.

- Seit gestern . . . sammelte Raskolnikow.
- Sind Sie gestern ausgegangen?
- Ja.
- Krank?
- Ja.
- Zu welcher Stunde?
- Abends in der achten Stunde.
- Und wohin, wenn man fragen darf?
- Auf die Straße.
- Kurz und deutlich! . . .

Raskolnikow hatte scharf und kurz geantwortet; er war freudeweiß und schlug seine schwarzen, entzündeten Augen vor Uja Petrowitsch's Blick nicht nieder.

— Er kann kaum auf den Füßen stehen und Du . . . versuchte Nikolim Fomitjisch zu bemerken.

— Thut nichts! . . . sagte Uja Petrowitsch mit besonderer Betonung. Nikolim Fomitjisch wollte noch etwas hinzufügen, schwieg aber, als er den Blick des Sekretärs auf sich gerichtet sah. Ein allgemeines Schweigen trat plötzlich ein; es war befremdend.

— Run gut, schloß Uja Petrowitsch, — wir wollen Sie nicht länger aufhalten.

Raskolnikow ging hinaus. Er konnte noch vernehmen, wie plötzlich nach seinem Hinausgehen das Gespräch sich wieder belebte und Nikolim Fomitjisch fragende Stimme besonders hervortrat. . . Erst auf der Straße kam er gänzlich zu sich.

„Eine Durchsicherung! Sie werden sofort eine Hausdurchsicherung vornehmen!“ sagte er sich und eilte nach Hause. „Die Hallunken haben Verdacht!“ Wieder überfiel ihn die Angst von vornhin.

II.
„Wenn aber bereits eine Untersuchung stattgefunden haben sollte? . . . Wenn ich sie schon bei mir anträte? . . .“

noch weiter
reichen, bis
50 M. nicht
Btg. nicht
nicht zu be
tungsarbeit
mmtheit von
ngen in den
den und ein
Sinne ein
inen Resolun
inen letzten
uch gar nicht
erteien zu
Das Jentum
Annahme von
seinen Jagd
e, die die
Frauenrecht
Regelung be
mit den 18
1887 wiche
Norddeutsch
Artikel in
is in Bonn
auf Antrage
auf gefordert
auf vermittel
berichten und
Berichtungen
nischen Bege
eine Stellung
ittelfrage, re
ittel gegen die
Anknüpfung
Zusammen
Ibe noch ein
Bebelmann

Der Komitee zur Untersuchung des Vor-
alles wegen Verletzung der Privilegien des Hauses vertrat
nach kurzer Beratung bis nächsten Donnerstag. Das
Interhaus setzte darauf die Spezialdebatte über die irische Pacht-
reform fort.

Frankreich.

Deputiertenkammer. Bei der fortgesetzten Budget-
beratung wurde ein Amendement des Deputierten Georges
Lafont auf Wiedereinstellung eines Credits von 715 000 Frs.
zur gleichzeitigen Befestigung des Rubelgehaltes der Unter-
offiziere der Landarmee, obgleich sich der Finanzminister Brialmont
gegen dasselbe ausgesprochen hatte, mit 291 gegen 260
Stimmen angenommen. Ein gleiches Amendement in Bezug
auf den Rubelgehalt der Unteroffiziere der Marine truppen wurde
abgelehnt.

Italien.

Der „Stalle“ zufolge hätte sich der Ministerrat mit
den Maßnahmen beschäftigt, die vorgeschlagen seien, um für die
militärischen Ausgaben die nötige Beschaffung zu treffen und die
Einnahmen zu erhöhen. Die Erhöhung der Einnahmen soll
100-120 Millionen betragen und theilweise durch neue Steuern
bewerkstelligt werden. — Der „Osservatore Romano“ demüthigt
die Leitung der Arbeiten bei dem katholischen Kongress
des Komitees eingesetzt worden seien.

Spanien.

Die Hauptbestimmungen des Gesetzentwurfes über die
Wiederherstellung des allgemeinen Stimm-
rechts lauten wie folgt: Jeder 23jährige, zwei Jahre lang in
der Gemeinde wohnende Spanier ist wahlberechtigt, aus-
genommen Arme, Soldaten und zu schimpflichen Strafen ver-
urtheilte Personen. Man wird arrondissementweise in der
Provinz der Wahlkollegien und im Ministerium mit
Bürokratenvertretung in ca. 40 Wahlkreisen abstimmen.

Balkanländer.

Aus Rumänien wird dem „Sächs. Wochenblatt“ ge-
schrieben: Wir hatten in Rumänien einen furchtbaren Wahl-
kampf zu bestehen und trotz aller Anstrengungen und Wahlbeein-
drungen, welche die Regierung gegen die ganze Opposition
und hauptsächlich gegen die Sozialisten in Szene gesetzt hat,
haben wir nicht nur unsern bereits eroberten Platz behauptet,
sondern wir haben auch mit großer Majorität 2 Abgeordnete
erlangt: den für das III. (Bauern-) Kollegium in Roman
und einen für das III. Kollegium in Jassy. In Roman wurde
B. Korkun und für die zwei Kollegien in Jassy wurde
N. Radebe gewählt. Mit allen Ungelegenheiten wurden die
Wahlen zu Stande gebracht. Wahlfälschungen waren an der
Ordnung. Bei uns wählen die Bauern vorerst Wahl-
männer, für je 50 Wähler einen Wahlmann. Diese Wahl-
männer, im Verein mit den direkten Wählern, stimmen bei der
Wahl des Abgeordneten. Die Wahl der Wahlmänner fand
am 2. Oktober 1888 statt, die der Abgeordneten am
10. Oktober 1888. Die Regierung war seit Langem gewöhnt,
bei der Wahl der Wahlmänner seinem Widerstand zu be-
wehren. Der Bürgermeister machte die Liste der Wahlmänner
aus den Bauern samen, um abzustimmen, als würden sie einen
Dienst leisten — und damit war die Komödie beendet.
Diesmal war aber die Sache anders — die durch sozialistische
Propaganda aufklärten Bauern haben ihre Listen selbst ver-
faßt und haben ihre Stimmen für die Arbeiterpartei abgegeben;
diese Listen haben in beinahe allen Distrikten von Jassy und
in Rumänien gefügt. In einigen Kommunen, in welchen unsere
Liste nicht durchgedrungen sind, lag nicht die Schuld an
dem Misserfolg an Anhängern der jungen Partei, sondern die außer-
ordentliche Frechheit der Bürgermeister war die Ursache davon.
Simanca i. B., einer Kommune des Distriktes Jassy, hat der
Bürgermeister den Notar in einem verborgenen Zimmer ver-
schlossen, um dort die Stimmen der Bauern zu fälschen oder sie
vollständig so durcheinander zu bringen, daß sie ihre Zettel
nicht herausfinden konnten. Trotz alledem hätte die Regierung
nicht gehagt, wären nicht Stimmzettel gefälscht und in
die Wahlurne geworfen worden; auf diese Weise erlangte
die Regierung eine Majorität von 14 Stimmen. In Droacti,
einer anderen Kommune des Distriktes Jassy, hatte die Regie-
rung die Majorität bloß von einer Stimme. Doch muß dabei
bemerk werden, daß der Bürgermeister blaue Stimmzettel für
die Arbeiterpartei gemacht hat, während die unferen, dem
Bürgermeister entsprechend, weiß waren; unter nichtigen Vorwänden
er mehrere unserer Wähler zurückgewiesen und an ihre Stelle
erregungsfreundliche Wähler gesetzt, die zur Wahl gar nicht be-
rechtigt waren. In anderen Kommunen, wie z. B. in Badeni,
hat der Bürgermeister noch schlauser, er weigerte sich, unsere
Stimmzettel anzunehmen, weil sie „gedruckt“ waren (dies ist
nach dem Gesetz ausdrücklich erlaubt). In Grocni und
Cococa behaupteten die Bürgermeister, es hätten überhaupt
keine Wahlen stattgefunden. In Wirklichkeit fanden jedoch
Wahlen, allerdings zu unsern Gunsten, statt. In
Soceni und in Boinesiti hat sich der Bürger-

meister weigert, die Wahl zu annulliren, ein Recht,
welches das Gesetz nur der Deputiertenkammer zugest. hat.
Und trotz alledem war die ungeheure Majorität der Wahl-
männer für uns! Wir hatten auch für uns die Bauern, welche
lesen und schreiben können und welche direkt wählen, dann auch
eine Anzahl Landgeistlicher und Landlehrer. Auf diese Weise
hatten wir die Majorität. Die Regierung dachte im Schnaps
und im Geld starke Hilfstruppen zu haben, um den Sozialis-
mus zu delampfen. Zu diesem Zweck bemächtigte sie sich vieler
Wahlmänner, beraubte sie und wollte mit dieser Bande den
Saal der Majorität von Jassy überschweben, wo die Wahl statt-
fand. Doch die Wahlmänner unserer Partei begannen zu rufen:
„Es lebe die Arbeiterpartei! Es lebe der Sozialismus!“ Da sah
die Polizei wohl ein, daß all ihr Geld hinausgeworfen war.
Am 14. war das Resultat folgendes: Radebe hatte 203 St.
und Burlin auch 203 Stimmen, denn 48 Stimmen wurden
annullirt, weil die Bauern die Zettel schlecht ausfüllten, da
sie zum ersten Mal wählten. Nun folgte am 15. eine engere
Wahl. Die Regierung ist gewöhnt, bei der engen Wahl
immer zu siegen. Diesmal haben wir der Regierung gezeigt,
daß es keine Regel ohne Ausnahme giebt und Radebe hatte
über Burlin gefiegt mit einer Majorität von 14 Stimmen.
Am Tage der engeren Wahl trieb die Polizei ihre Exzesse über
alle Grenzen. Man terrorisirte die Wahlmänner, jagte sie aus
der Stadt; man organisirte Banden von Polizisten, welche als
Bauern verkleidet wurden; Arme und Schädler wurden gedrohen,
man versuchte, Morgun in den Kanal zu werfen. Zum Schluß
wollte man die Wahlurne vor der Zählung der Stimmen stehlen.
Alle diese Schliche wurden durch die Klugheit und Energie der
Bauern und Sozialisten zu nichte gemacht. Wir zwangen den
Präsidenten des Wahlbureaus, gegen die verkleideten Polizisten
Soldaten herbeizurufen und unter ihrem Schutz wurde zur
Zählung der Stimmen geschritten, wobei wir den Sieg der
Sozialisten konstataren konnten.“

Vereine und Versammlungen.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der
Nähmaschinen- und Handarbeiterinnen Berlins hielt
am Montag seine erste, öffentliche Versammlung im „Neuen
Klubhause“, Kommandantenstraße, ab. Der Besuch war nicht
besonders stark, da die Versammlung nicht durch Säulenschlag
angekündigt und wohl überhaupt nicht recht bekannt war. Er-
schienen waren ungefähr 80 Damen, sehr wenig Herren. — Frau
Krohn, als provisorische Vorsitzende, eröffnete die Versammlung
und erbat Frau Gubela das Wort zu einer kleinen Ansprache,
in der letztere Zweck und Ziele des Vereins anlegte. Sie
sagte ungefähr: Die Lage der Berliner Arbeiterinnen ist eine
traurige, vieles ist zu ändern, wir wollen nun versuchen, durch
diesen Verein die Lage der Mitglieder etwas zu bessern. Wir
wollen dies erreichen durch Aufklärung der Frauen und Bildung
ihres Geistes. Zu diesem Zwecke sollen wissenschaftliche und ge-
werbliche Vorträge gehalten werden. Dann wollen wir eine
Bibliothek begründen. Wir wollen nur Romane und Werke
anlaufen, die wirklich geeignet sind, den Menschen sittlich zu
vervollkommen und seinen Geist zu veredeln. Wir wollen die
Schundliteratur, die den Menschen nur verblödet, mit allen
Mitteln bekämpfen und dahin streben, daß der Sinn für ge-
eignete Lektüre geweckt und genährt werde. Wir wollen ferner
eine unentgeltliche Arbeitsnachweis- und statistische
Erhebungen über die Löhne und Lebensbedingungen der Ar-
beiterinnen veranstalten. Es wird dabei verschiedenes zu Tage
treiben, was niemand glauben wird; denn die Lage der Ar-
beiterinnen wird viel rother gemalt, als sie in der That ist.
Wir wollen dahin arbeiten, daß die Löhne der Arbeiterinnen
steigen und denen des Mannes gleichkommen; dann wird auch die
Konkurrenz zwischen männlichen und weiblichen Arbeitern fort-
fallen und die Frau wird sich bald ihrer wahren Aufgabe
widmen können, der Erziehung der Kinder. Die Frau gehört
ins Haus, der Mann in die Werkstatt. Wir wollen
gesellige Zusammenkünfte veranstalten, um die Mitglieder mit
einander bekannt zu machen und sie wie in einer großen Fa-
milie zu vereinen. Wir wollen sein, ein einzig Volk von
Schwestern, in keiner Noth uns trennen noch Gefahr. — Es
wurde hierauf von der provisorischen Schriftführerin, Frau
Krohn, das Statut verlesen, das schon von Pöhlert
geprüft und genehmigt ist. Die Ziele des Vereins hatte Frau
Gubela schon in ihrer Ansprache erwähnt, von den übrigen Be-
stimmungen theilte wir folgende mit. Nach § 3 kann der
Vorstand nach seinem Ermessen Frauen die Aufnahme ver-
weigern, wenn er glaubt, daß sie dem Verein schädlich
werden können; der Vorstand hat in der nächsten Mitgliederver-
sammlung hierüber Bericht zu erstatten. Zu den Mitglieder-
versammlungen haben Männer keinen Zutritt. Das Einschrei-
geld beträgt 30 Pf., der monatliche Beitrag ein Pfennig. Der
Vorstand wird auf die Dauer eines Jahres gewählt. Bei einer
Auflösung des Vereins wird das Vereinsvermögen zu gleichen
Theilen an die Mitglieder vertheilt. Nach Verlesung des
Statuts trat eine Pause von 15 Minuten ein; während der-
selben findet die Aufnahme neuer Mitglieder statt. Nach
Wiedereintritt in die Tagesordnung wurde eine Frage: „Wo ist

der provisorische Vorstand gewählt worden, und wer hat ihn ge-
wählt?“ von Frau Krohn dahin beantwortet, daß derselbe
gar nicht gewählt worden, sondern sich konstituirte hat. Frau
Gubela: Es scheint jemand in der Versammlung zu sein, der
den Verein illusorisch machen oder Zwitterthier sein will. Aber
ich gebe die Versicherung, daß es dem jemand nicht gelingen
wird. (Lachen.) Es werden hierauf Vorschläge zur Wahl des
Vorstandes gemacht, und da verschiedene Damen, wie Frau
Krohn, Frau Jager, Frau Baale u., vorgeschlagen werden,
wird von Frau Gubela darauf aufmerksam gemacht, daß diese
Damen dem Vereine nicht angehören, also auch nicht in den
Vorstand gewählt werden können. Von den anwesenden
17 Mitgliedern wurden 10 Damen in den Vorstand gewählt;
es sind Frau Gubela, 1. Vorsitzende; Frau Neumann, 2. Vor-
sitzende; Frau Emma Berndt, Kassirerin; Frau Hedwig Berndt,
Schriftführerin; als Beisitzerinnen die Damen Frau Blane,
Frau Krohn und Frau Anna Fiedler. In die Kommission
zur Ausarbeitung einer Geschäftsordnung werden gewählt: Frau
Fiedler, Frau Biesch und Frau Meyer. Unter „Verschiedenes“
spricht Frau Jager: Sie wolle kein Wort über den gegründeten
Verein verlieren, sondern nur mittheilen, daß am nächsten
Montag oder Dienstag eine öffentliche Frauenversammlung in
Randel's Salon, Brunnen- und Invalidenstr.-Ecke, stattfindet.
Sie fordere zu regem Besuch dieser Versammlung auf. Das
Nächere werde durch Plakate bekannt gemacht werden. Nach
einem kurzen Schlusswort der Frau Gubela wurde die Ver-
sammlung geschlossen.

Der Fachverein der Rohrlager Berlins hielt am
Sonntag, den 25. d. M., bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75,
seine Versammlung ab. Zu Punkt 1, Vortrag über Gewerbe-
Schiedsgerichte, referirte Herr Bitt. Redner beleuchtete aus-
führlich die Uebelstände des Gewerbschiedsgerichts in seiner heutigen
Form; er führte verschiedene Beispiele an, die deutlich zeigten, daß
im Interesse der Arbeitnehmer sowie auch der Arbeitgeber eine
Aenderung dringend nothwendig ist. Referent bedauerte, daß
es in Berlin, der Stadt der Intelligenz und der Industrie,
wie sie sich doch so gerne nennen hört, nicht möglich war, bis
jetzt ein Gewerbe-Schiedsgericht, wie es schon seit Jahren in
München, Mannheim, Leipzig u. a. Städten besteht, zu Stande
zu bringen. Redner hob die Vorthelle des Gewerbe-Schiedsgerichts
in klarer Ausführung hervor, die besonders darin bestanden,
daß wir es alsdann mit Fachmännern zu thun hätten, die
wenigstens nicht, wie es bei Streitigkeiten im Hechtungsfach
Nichtfachmännern leicht passiren könnte, eine Feuerschlange für
eine Boa constrictor halten würden. Redner gab der Hoffnung
Raum, daß die Gewerbe-Schiedsgerichte bald in's Leben
gerufen würden. Referent schloß mit einem „Glück auf“ seinen
Vortrag. Nachdem sich noch verschiedene Redner in der Dis-
kussion in dem Sinne des Referenten ausgesprochen, stattete der
Vorsitzende demselben im Namen der Anwesenden seinen Dank
ab. Punkt 2, Antrag Krohn: Eine Kommission zu wählen, die,
falls die Innungsmeister an den Verein betreffs Innungsfragen
herantreten, mit denselben zu unterhandeln hat. Nachdem
Kollege Fröbel sich für eine Kommission von 7 Mitgliedern
ausgesprochen und nachdem verschiedene Redner sich entschieden
gegen den Antrag erklärt hatten, wurde derselbe einstimmig
abgelehnt. Zu Punkt 3 brachte der zweite Kassirer Herr Hirsch
die Abrechnung des stattgefundenen Winteranhangs. Es
ergab sich ein Ueberschuß von 64,45 M. Der Vorsitzende er-
theilte dem Kassirer Decharge. Zu „Verschiedenes“ entwickelte
sich eine lebhafteste Debatte und man konnte aus den Ausfüh-
rungen mehrerer Redner wieder sehen, wie traurig es mit den
Lohnverhältnissen und Arbeitsangelegenheiten der Rohrlager
aussteht. Der Vorsitzende verlas ein Gesuch, das während der
Versammlung eingelaufen, betreffend die Unterstützung der Ham-
burger Hagararbeiter, die die Arbeit niedergelegt haben, und
bat, die Darbenden nach Kräften zu unterstützen. Nach der
Belanntgebung, daß die nächste Versammlung im selbigen Lokale
am 9. Dezember, Vormittags 10 Uhr, stattfindet, schloß der
Vorsitzende die Versammlung.

Der Interessensverein der Hutmacher hielt am
Sonntag, den 24. November, bei Deigmüller, Alte Jakob-
straße 48a, eine Mitgliederversammlung ab, in welcher unter an-
derem die vom Magistrat an den Vorstand gefandte Liste zur
Lohnstatistik behufs Steuereinschätzung zur Besprechung gelangte.
Nach längerem Debatten entschied die Versammlung zu diesem
Zweck eine öffentliche Versammlung einzuberufen und aus dieser
eine Kommission zu wählen, welche diesbezügliches Material
sammeln soll. Ferner wurde eine längere Debatte über das
späte Eröffnen der Versammlungen geführt und erwähnt, daß
dadurch viele Kollegen nicht erscheinen. Es wurde nun definitiv
beschlossen, daß jede Versammlung Punkt 8 1/2 Uhr zu eröffnen
ist. Darauf kam noch einmal die Angelegenheit des Fabrikanten
Herrn Joch gegen Kollegen Bapsi zur Besprechung. Der Vor-
sitzende, Kollege Tichernig, legte noch einmal die Sache klar, aus
welchen Gründen der Verein sich der Angelegenheit ange-
nommen habe. Darauf schilderte Kollege Bapsi die Angelegen-
heit in der Weise, daß seine Handlungsweise, die über-
haupt ganz anderer Natur gewesen sei, wie sie
von Herrn Joch und seinem Arbeiter geschildert wor-
den, keineswegs zu Ungunsten der Arbeiter gewesen sei.
Die nachfolgenden Verhandlungen ergaben, daß die Verurthei-
lung des Kollegen Bapsi in der Versammlung vom 20. Oktober
nur dadurch eingetreten ist, weil Kollege Bapsi nicht anwesend
war. Die Versammlung erblühte nunmehr in der ganzen An-
gelegenheit nur persönlichen Haß von Herrn Joch und seinem
Arbeiter und stellte Kollegen Bapsi ein Vertrauensvotum auf.
Zum Schluß wurde noch beschlossen, daß beim Tode eines Mit-
gliedes, der sofort beim Schriftführer zu melden ist, alle Mit-
glieder schriftlich davon in Kenntniß zu setzen sind. — Die in
Ausicht genommene öffentliche Versammlung findet bestimmt
am Montag, den 10. Dezember, bei Deigmüller, Alte Jakob-
straße 48, Punkt 8 1/2 Uhr Abends statt.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der
Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen hielt am Mon-
tag, den 28. d. M., seine etwas verspätete Generalversammlung
ab. Der Kassirerbericht ergab eine Gesamtsumme von
41,58 M., eine Gesamt-Ausgabe von 340,55 M. Unter den
Ausgaben befinden sich folgende interessante Posten: Unter-
stützung an jugendliche Kollegen 25,50 M., dem Kollegen Rogall,
Ebing, 25 M., den streikenden Kollegen in Schillerbach 50 M.,
den streikenden Webern in Neumünster als 2. Rate 100 M.
Der Antrag des Magistrats, statistisches Material über die ge-
werblichen Verhältnisse der Schuhmacher zu liefern, wurde abge-
lehnt. Bekannt gegeben wurde, daß am 1. Weihnachtstages
das erste Stiftungsfest, sowie daß am 16. Dezember
im „Grand-Hotel Alexanderplatz“ ein gemüthliches Beisammen-
sein stattfindet. Die nächste Vereinsversammlung findet am
17. Dezember in Gratwies's Bierhallen statt. Eine Privatmit-
theilung lautete dahin, daß am 2. Dezember eine öffentliche
Versammlung stattfindet.

Der Verband der Möbelpolirer Berlins und Um-
gegend hielt am 12. d. Mts. seine Monatsversammlung im
Andreas-Garten, Andreasstraße 26, ab. Der erste Punkt der
Tagesordnung war: Vortrag des Herrn Dr. Max Baumgart
über „Die Idee des ewigen Völkerrubens“. Obgleich die Ver-
sammlung mit den einzelnen Ausführungen des Referenten
nicht einverstanden war, erfolgte eine Diskussion nicht. Zu
Punkt 2, Aufstellung von Delegirtenkandidaten zur Neuwahl bei
der Ortskrankenkasse, wurden im Ganzen 79 Kollegen auf die
Kandidatenliste gesetzt und dieselben aufgefordert, in der Kassen-
mitgliederversammlung am 3. Dezember, Abends 8 Uhr, Fran-
furtstr. 77 zu erscheinen. 3. Verschiedenes. Der Vorsitzende
verlas die Abrechnung vom Darlehnsfonds; dieselbe ergab bis
Datum 341,90 M. an Einnahme, an Ausgabe 428,90 M.; aus-
stehende Darlehne 87 M., Barbestand 64,55 M. Herr Gräbert
tadelte, daß die Abrechnung nicht schon in der vorigen Ver-
sammlung erfolgt sei. Weiter wurde bekannt gemacht, daß

„Ach, hol' alles der Teufel!“ fiel ihm plötzlich mit
schmerzlichen Ingrimim ein. „Nun, wenn schon einmal ein
solches Leben begonnen werden soll, meinethwegen, mag's der
Teufel holen! ... Herr Gott, wie das aber alles ein-
malig ist! ... und was ich heute schon alles zusammen ge-
hen und „gehuehelt habe! Wie ich mich mit diesem nieder-
schmetterlichen Thia Petrowitsch vorhin gemein gemacht und wie
ich ihm geschmeichelt habe! Uebrigens auch das alles sind
Zummheiten; ich speie auf alles und auf alle!“
(Fortsetzung folgt.)

Theater.

Das „Volkstheater“ hatte am Sonnabend seinen ersten,
wahren Erfolg. Die neue Direktion scheint endlich erlassen zu
haben, was es seinem Publikum das „Volk“ ist es allerdings
nicht bieten muß, wenn es volle Häuser und Beifallsstürme
haben will. Weg da mit den Versuchen, die klassische Tragödie
und die unklassische dort heimlich zu machen, und den Weg be-
zugen, den Adolfs Ernst und Emil Thomas mit solchem Glück
eingeschlagen haben! Ueber die Stelle, wo den Abend zuvor noch
Pommes sich vergiftet und Julia sich erkochten haben, polsterte ein
kühles Jakobmarststück, die „7 Lobsünden der Berliner“ geheißen,
und hebe da, es gefiel so, daß die kleinen Rentiers, Kaufleute,
Kassisten, Kommiss und Handwerksmeister, die im Judenzimmer
sagen, nicht nur den Herrn Direktor, dem sie mit Recht für die
schonmalige Inszenierung danken konnten, sondern sogar den
Inszenirer herausriefen, der das Stück, das in und für Wien
das Licht der Welt erblickte, für Berlin, und das nicht einmal
geschickt, zugeschnitten hat. Von Handlung und Zusammenhang
ist in dem „Volkstüde“ keine Spur zu finden, dagegen bleibt
im das unbestrittene Verdienst, das Dreieck zuerst auf die
wollschützenden Bretter gebracht zu haben. Auch der übrige
Epoet ist vertreten.

Aus Kunst und Leben.

Ein amerikanisches Green-Green. In vielen
Theilen der Union, so auch in Pennsylvania, bedürfen die
schonmüthigen jungen Paare einer sogenannten „marriage
license“, die bei minderjährigen Paaren auch die Erlaubniß der
Eltern einschließt, um zum Ziele zu gelangen. Was jedoch diese

unter Wiener Rossentall am 12. Januar 1889 im Alten Schützenhause, Linienstr. 5, stattfindet.
Versammlung des Miethers des Nordens Berlins am Mittwoch, Abends 8 Uhr, im Wedding-Restaurant, Müllerstraße 178. Vortrag des Herrn Birch.
Versammlung der Vereinigung der deutschen Schmiede am Mittwoch, den 28. d. Mts., Abends 8½ Uhr, Kasstr. 4.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit Raum dafür abzugeben ist, dem Publikum zur Verfügung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie verwahrt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identifiziert zu werden.
 Gebiete Redaktion! Der Berichterstatter Ihrer geschätzten Zeitung läßt mich in der öffentlichen Tagesversammlung vom 24. d. M. die Worte sprechen: „Wird solle man starke Gewerkschaften gründen, und wenn man durch diese bessere Löhne

erzielt habe, denn wäre immer noch Zeit genug, Sozialpolitik zu treiben.“ Ich habe nun zwar die leidige Angewohnheit, etwas schnell zu sprechen, und möge das für das falsche Hören Ihres Berichterstatters als Entschuldigung dienen, aber eine solche Dummheit gesagt zu haben, muß ich mich ernstlich vermahnen. Im Gegenteil, ich habe die Resolution der Gewerkschaftskongresse vom Mai 1875 verlesen, in welcher der frühere Reichstagsabgeordnete Freytag erklärte, „es sei Pflicht der Gewerkschaftsmitglieder, die Politik zwar aus den Gewerkschaftsorganisationen fernzuhalten, dagegen durch Anschluß an die Arbeiterpartei der Pflicht in politischer Beziehung zu genügen.“ Diese Resolution wurde damals einstimmig angenommen; anwesend waren die Hrn. Freytag, Auer, Tölle u. s. w. Ich habe ferner erklärt, „man könne dieser Pflicht durch Teilnahme und Erörterung in öffentlichen Gewerkschaftsversammlungen sehr wohl und ausgiebig genügen, und dazu sei jeder Tagelöhner berechtigt; ich erinnere nur an die Versammlungen über die Alters- und Invalidenversorgung u. s. w.

u. s. w. Die Gewerkschaftsbewegung sei mir deswegen wertvoll, weil sich in der Gewerkschaft der Keim für die sozialistische Zukunftsproduktion befindet und weil der indifferente Arbeiter hierdurch eher für eine Organisation gewonnen und zum Selbstvertrauen erzogen werden könne. Ich habe ferner erklärt, wenn wir keine starken Verbände haben, so läme das hauptsächlich daher, weil die aufgestellten und meldeberechtigten Elemente jetzt so vornehm oder radikal geworden seien, daß sie die Beratungen des eigenen Gewerkes misachteten, und das gerade sei falsch, denn wenn starke Verbände unmöglich gemacht werden könnten durch die Behörde, so löste das lokalen Gewerkschaftsorganisationen gegenüber auch gefehle. Die Mittel dagegen der § 30 der preussischen Verfassung (Dr. Disto zu § 2 des Vereinsgesetzes). Ich bestreite ganz entschieden, daß man in lokalen Organisationen auf die Dauer mehr aufbauen kann, wie in Gewerkschaften, wenn das Fachorgan seine Schuldigkeit in sozialpolitischen Ausführungen thut. R. Sander.

Theater.
 Mittwoch, den 28. November.
Opernhaus. Paris.
Schauspielhaus. Geschlossen.
Wallner-Theater. Madame Bonivard. Vorher: Der dritte Kopf.
Lehn-Theater. Die große Glocke.
Reichs-Theater. Romeo und Julia.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater. Pariser Leben.
Viktoria-Theater. Die Reise in die Pyrenäen.
Königs-Theater. Papa Gustave. Vorher: Das Blutbuch.
Sollers-Theater. Der Rattenfänger von Hameln.
Falks-Theater. Die sieben Todsünden der Berliner.
Prinz-Theater. Die schwarze Dame.
Königs-Theater. Schmetterlinge.
Adolf-Gruß-Theater. Die drei Grafen.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen: Spezialitäten-Vorstellung.
Walhalla. Spezialitäten-Vorstellung.

Karlchen!
 Zu Deinem heutigen Wiegenfeste Wünschen wir das Allerbeste: Gesundheit, Glück, Zufriedenheit Und dazu einen — — Lab.
 Das will ich Dir zum Heilworte Die lustigen Brüder aus der Wahlheit.
 Die Verlobung meiner Tochter Minna mit dem Kaufmann Herrn Robert Flatow hier, beehre ich mich statt jeder besonderen Meldung anzukündigen.
 Berlin, im November 1888.
Rosa Goldberg geb. Radisch,
 Wallnertheaterstr. 42.
Minna Goldberg
Robert Flatow
 Verlobte.

Für die rege Betheiligung bei der Beerdigung unseres lieben Vaters, des Tischlermeisters **Carl Breitschu** sagen wir allen Verwandten, Freunden u. Bekannten, sowie den Herren Sängern, besonders Herrn Franz Apel, unsern tiefgefühltesten Dank.
 1871 Die trauernden Hinterbliebenen.

Allen, die während der langen, schweren Krankheit meiner lieben Frau **Pauline Braun** und bei ihrer Beerdigung ihr und uns auf jede Weise ihre Theilnahme zu erkennen gaben, sagen wir hierdurch unsern innigsten Dank.
H. Braun nebst Pflanztochter
 und Verwandten. [1879]

Möbel, Spiegel und Polsterwaren,
 reelle Waare, solide Preise. Ganze Ausstattungen in Mahagoni und Buchbaum, Küchenmöbel in großer Auswahl empfiehlt
Franz Tutzauer,
 Köpplerstr. 24, nahe der Köppler Brücke.

Gasäther.
Aether-Lampen
 Emil Domeke, [1842]
 Brunnenstr. 134.

Läuferstoffe!!
 Meter 25 Pf. 1 Meter breit Meter 70 Pf.
Teppichstoffe!
 in schweren Jacquard Geweben
 1 Meter breit Nr. 1.50 M., 135 Ctm. breit Nr. 2.25 M.
Emil Ledvre,
 1107) Teppich-Fabrik,
 Berlin S., Oranienstrasse 158.

Herren- und Knaben-Garderoben
 eigener Werkstatt.
 Große Auswahl von Stoffen u. Farben.
 Anfertigung nach Maß in eigener Werkstatt, gut sitzend und sauber gearbeitet, zu soliden Preisen.
M. Neue Hofstr. 50 part.
Ad. Kunitz, N. Müllerstr. 155, Laden.

Rohtabak
 Grösste Auswahl, billigste Preise, reelle Bedienung
A. Goldschmidt
 Spandauer Brücke 6
 am Gackelschen Markt. [1180]

Möbel, Spiegel u. Polsterwaren
 eigener Fabrik wegen Erspargung der Ladenmiete billig Brunnenstraße 28.
 Lager und Verkauf nur Hof part.
 Zahlung nach Uebereinkunft. [802]

Robert Blum
 und seine Zeit
 von **Wilhelm Liebknecht.**
Heft 3
 ist erschienen.
 Preis pro Heft 25 Pfennig.
 Zu beziehen durch die Expedition, Zimmerstraße 44.
 Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Rechts-Bureau v. C. & O. Goldberg
 Anfertigung von Klagen, Gittschriften, Eingaben u. s. w. Ueberrimmt auch die Vertretung in Prozeessen und ertheilt Rath in allen Angelegenheiten.

Z. Alexander 1108)
 Gr. Frankfurterstr. 103a
 Cde. Krautstr.
Kleiderstoffe
 in den besten Qualitäten und schönsten Mustern
 110 Ctm. breit pr. Meter von 75 Pf. & unter Weis.
Z. Alexander
 Gr. Frankfurterstrasse 103a, Cde. Krautstr.

Damen- und Mädchen-Mäntelfabrik
 Grösste Auswahl in allen denkbaren Facons und Stoffen.
 — Allerbilligste Preise. —
Oranienstr. 29, Ecke Adalbertstr.

53 Theilzahlung 53
 1353) gestattet. — Empfehle
Elegante Herren-Anzüge, Paletots sowie Mäntel u. billige im Tuch-Geschäft
53 Prinzenstr. 53

!Auf Abzahlung!
 Winter-Paletots, Herren-Anzüge
 fertig u. nach Maß Auguststr. 27 im Laden.

Jede Uhr
 wird für M. 1.50 unter Garantie des Gutgehens gereinigt und reparirt. Wanduhren werden gratis abgeholt und aufgehängt, auch auf schriftl. Bestellung. Patentlöser 10 Pf. Ueberschlüssel gratis. [1219]
M. Söllner, Prinzenstr. 15.

Gastwirth Nordhäuser,
 Alter 80 J., im Restaurant von **Emil Böhl,** Frankfurter Allee 74.
 Wo giebt's die beste Weisze in Berlin?
 bei **W. Haugk,**
 Weinstraße 22.
 1079)

Bereitschaftliche wenig gebrauchte und unangesehene Möbel, darunter Sophas, Spiegel, Spinden, Vertikows, Garnituren, sehr billig. Grobes Lager einfacher und eleganter Möbel, Spiegel u. Polsterwaren. Theilzahlung gestattet.
J. Cavo, Neue Schönhauserstraße 1, erste Etage.
 Freundliche Schlafstube für 2 Herren Dresdenstraße 28, d. 3 Tr. bei Goering. [1375]
 Möblliste Schlafstube für ein oder zwei Herren ist bei Barisch, Dieffenbachstr. 75 im Seitensfl. part., zu vermieten. [1378]

Roh-Tabak.
 Sumatra à 200 Pf. deckt mit 2½ Pf. u. à 260 Pf. deckt m. 2 Pf.
 Java reines Umblatt à 85 u. 90 Pf.
 Domingo Umblatt Carmen 90 Pf.
 Umblatt 90 Pf., sowie alle in- und ausländischen Sorten in billiger Preisliste empf. lit.
H. Herholz,
 Brunnenstraße 145.

Zurückgeschickte Damenhemden, pr. 1 Paar 7.50 Mark. Nachjahren und Feinleinen empfiehlt die Wäschefabrik **Seiligerstr. 110 Nr. 21, I.**

Arbeitsmarkt.
 Ein Vater von 5 Kindern, längere Zeit heillos, bittet um Beschäftigung als Portier, Diener oder Arbeiter. Coedienende wollen ihm dazu verhelfen, seine armen Kinder der bitteren Noth zu entreißen. Adressen abzugeben Rantzenstraße 6, 4 Tr. links, Ringel links.
 Bergoldergehilfen auf Plaineisen, aber solche, werden verlangt Waldemarstr. 15. [1377]
 Versorber auf glatte Leisten verl. Ad. Göpfer, Am Ostbahnhof 13.

Kurbel-Sticker
 sofort nach Magdeburg gesucht. Meldungen an Frankenhof, Oranienstr. 181, Berlin.
 Ein **Garbier** (Partelgenosse) findet bei dauerndem Lohn dauernde Stellung nach außerhalb. Anfragen in der Exp. d. Bl.

Königs-Tunnel
 des **Grand Hotel**
 am Alexanderplatz.
 Täglich:
Instrumental-Concert.
 Anfang 7 Uhr. Entree frei.
Gustav Kunze.
 Passage 1 Cr. 9 R. — 10 R.
Kaiser-Panorama.
 I. Reise durch Afrika. Reunion, Teneriffa, Mauritius.
 Ausgrabung von Pompeii.
 Potsdam und der Teuerzug Kaiser Friedrichs.
 Entree à Ggcl. 20 Pf., Kind nur 10 Pf. Abonn.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

3. Sitzung vom 27. November, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: von Boetticher, von Bronsart, Graf von Monts, von Malgahn, von Scholz, von Schelling und andere mit zahlreichen Kommissarien.

Präsident v. Lewnow: Ich habe dem hohen Hause mitgeteilt, daß das Präsidium des Reichstags gestern Mittag 12½ Uhr von Sr. Majestät dem Kaiser in besonderer Audienz sehr baldvoll empfangen worden ist, und daß Sr. Majestät bei dieser Gelegenheit sich dahin geäußert haben, daß Sie den Wunsch ausdrücken, daß die Verhandlungen des Reichstags würden in einträchtiger und schneller Weise zum Wohle des Vaterlandes ihren Fortgang nehmen.

Der Abg. Bauer Schmidt (XIV. Hannover) hat sein Mandat niedergelegt. Der Abg. v. Landsberg (Steinfurt) zeigt seine Beförderung zum Landrath an. Die Geschäftsförderungskommission wird zu entscheiden haben, ob infolge dessen sein Mandat erloschen ist.

Das Haus tritt in die erste Beratung des Reichshaushaltsetats für 1889/90 ein.

Staatssekretär im Reichsschatzamt, v. Malgahn: Der Etat für das Jahr 1889/90 unterscheidet sich in formeller Beziehung nicht unwesentlich von seinen Vorgängern. Der Reichstag hat bei der Beratung des Etats für 1888/89 beschlossen, den Reichsanwalt zu ersuchen, bei der Vorlage des Reichshaushaltsetats für 1889/90 eine Vereinfachung und größere Uebersichtlichkeit insoweit in Aussicht zu nehmen, daß derselbe von den übrigen Ausgaben und Einnahmen in einem außerordentlichen Etat dasjenige an Ausgabe und Einnahme enthält, wofür nicht aus laufenden Einnahmen, sondern durch Anleihebeiträge oder aus besonderen Fonds und Verpflichtungen die Deckungsmittel zur Verfügung gestellt werden. Es sollte aus der Etatsvorlage möglichst auf den ersten Blick zu erfahren sein, welche Ausgaben nicht auf die ordentlichen Mittel des Jahres, sondern auf besondere Deckungsmittel verwiesen werden sollten. Diesem Wunsche entsprechend ist in dem vorliegenden Etat gleichmäßig über alle einzelnen Verwaltungen hindurch eine Scheidung der einmaligen Ausgaben in zwei Gruppen vorgenommen worden, in die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats und in die des außerordentlichen Etats. Diese Scheidung in zwei Gruppen hat aber die Einfügung gewisser neuer Titel in den Etat notwendig gemacht. Es giebt nämlich einzelne Ausgaben unter den einmaligen, welche bisher auf die Anleihebeiträge oder auf sonstige Deckungsmittel zu verweisen waren, theilweise aber aus den ordentlichen Mitteln des Jahres gedeckt werden mußten. Dies trifft namentlich zu bei einem Theile der Ausgaben für das Reichsheer und die Marine. Um diesem Umstande gerecht zu werden, mußten einige Theile durchlaufend in den Etat eingefügt werden. Diese erscheinen im außerordentlichen Etat als Ausgabenzuschuß des außerordentlichen Etats zu den Ausgaben des ordentlichen Etats, im ordentlichen Etat als Abfertigungen von der Linie. Infolge dieser Veränderung konnte auch die dem Etat beigegebene Denkschrift verfürzt werden. In den Denkschriften der Vorjahre kam ein Satz vor, der ungefähr so begann: Um ein richtiges Bild über die Belastung des Jahres zu gewinnen, muß man von den Zahlen, welche der Etat bestimmt, die durchlaufenden Posten, insbesondere folgende Ausgaben und Einnahmen absetzen. Das nun folgende Exemplar hat mir früher als Abgeordneter und gewiß auch Ihnen manche Mühe gemacht. Dieser Satz der Denkschrift ist nun fortgefallen. Ganz aber hat sich der Uebelstand nicht beseitigen lassen, daß auch heute noch die Summe der Ausgaben des ordentlichen Etats, welche sich aus der Summe der fortlaufenden und einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats zusammensetzt, größer ist als die Summe derjenigen Reichsausgaben, für deren Deckung der Artikel 70 der Verfassung auf die gemeinschaftlichen Jahreseinnahmen aus Zöllen, Verbrauchssteuern und Einnahmeverwaltungen und bei deren Befähigung auf die Reichskasseneinnahmen verwiesen ist. Um die letzte Fiffer richtig zu machen, müssen von den Biffen, welche das Etatsgesetz in § 1 enthält, abgesetzt werden: die Ausgaben des Reichs-Invalidentfonds und die aus den Einnahmen an Zöllen, Tabaksteuer, Branntweinsteuer und Stempeln an die einzelnen Bundesstaaten zu überweisenden Beträge. Es schiebt sich nicht angemessen, auch diese beiden Beträge aus dem ordentlichen Etat auszuscheiden. Die Ausgaben, welche im Laufe des Jahres dem Reichs-Invalidentfonds zugeordnet sind, geben zum Theil über diese übrigen Bestimmungen hinaus, sie sind zum Theil überhaupt dauernder Natur, dergestalt, daß, wenn der Invalidentfonds nicht bestände, diese Ausgaben doch geleistet und aus den regelmäßigen Einnahmen des Jahres gedeckt werden müßten. Art. 69 der Verfassung bestimmt: Alle Einnahmen und Ausgaben des Reichs müssen für jedes Jahr veranschlagt und auf den Reichshaushaltsetat gebracht werden. § 70 bestimmt: Zur Befreiung aller gemeinschaftlichen Ausgaben dienen zunächst die etwaigen Ueberschüsse der Vorjahre, sowie die aus den Zöllen, den gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern und aus dem Post- und Telegraphenwesen fließenden gemeinschaftlichen Einnahmen. Zu diesen eigenen Einnahmen des Reichs gehören zweifellos auch die etwaigen Ueberschüsse der Zölle und Verbrauchssteuern, welche zunächst auf Grund spezieller gesetzlicher Bestimmungen in den einzelnen Steuergeboten den einzelnen Bundesstaaten zu überweisen sind. Deswegen hat man geglaubt, sie unter die Einnahmen des Reichs aufzunehmen zu sollen. Um nun der Bestimmung der einzelnen Zoll- und Steuererträge, wonach diese Einnahmen den einzelnen Bundesstaaten für ihre Zwecke überwiesen werden sollen, gerecht zu werden, hat man einen Ausgabenposten wie bisher in den Etat eingefügt. Wenn der Etat also hierdurch ein völlig klares und auf den ersten Blick durchsichtiges Bild der Gestaltung der Reichsfinanzen im Etatsjahre noch nicht bietet, so bringt er, glaube ich, doch dasjenige finanzielle Verhältnis richtig zum Ausdruck, welches für das Reich — die geschichtlich gewordene Zusammensetzung der deutschen Einzelstaaten für ihre gemeinsamen Zwecke — das maßgebende ist. Der Etat von 1887/88 wirt auf das Etatsjahr 1889/90 mit einem Defizit von 22 696 584 M. ein. Mein Herr Amtsvorgänger hatte es fast genau so, nämlich auf 22 550 000 M. geschätzt. Bei der Budgetsteuer ist der Minderbetrag gegen den Etatansatz allerdings noch erheblich gewesen, als die Schätzung war. Er bezieht sich auf etwa 20 Millionen. Dagegen haben die Ueberschüsse an die Einzelstaaten in diesem Jahre gegen den Etat mehr ergeben 27½ Millionen; sie waren im vorigen Jahre geschätzt auf 24—25 Millionen M. Das Jahr 1889/90 wird voraussichtlich ademas mit einem Ueberschusse abschließen, und zwar mit etwa 13½ Millionen. Es werden aber voraussichtlich auch die Ueberschüsse diesmal unter dem Anschlag um 2½ Millionen zurückbleiben. Das voraussichtliche Ergebniß des Reichshaushalts für 1888/89 ergibt Mehrausgaben, abgesehen von den Ueberschüssen, bei dem

Auswärtigen Amt mit etwa 500 000 M., bei dem Reichsamt des Innern fortdauernde Ausgaben etwa 45 000 M. Bei der Verwaltung des Reichsheeres stellt sich der voraussichtliche Mehrbedarf einschließlich der bayerischen Quote bei den fortdauernden Ausgaben auf etwa 1 181 000 M., bei den einmaligen Ausgaben wird dem wahrscheinlich ein Minderbedarf von 238 000 M. gegenüberstehen, so daß im Ganzen ein Mehrbedarf von 943 000 M. ist. Darunter werden 400 000 M. an Post- und Transportkosten im preussischen Etat mehr ausgegeben werden, hauptsächlich wegen des stärker angewandten Eisenbahntransportes der Truppen bei den Uebungen. Diese stärkere Inanspruchnahme der Eisenbahnen ist im militärisch-dienstlichen Interesse erfolgt, wird aber dem Lande die Eisenbahnlast wesentlich erleichtern. 580 000 M. Mehrausgaben werden entstehen bei dem Zuschuß zur Militärwittwenkasse wegen des Einnahmefalles aus dem Reklutengeld und des zurückgehenden Binsertages aus dem Kassenlot. Bei der Naturalversorgung rechnet man im preussischen Etat infolge der billigeren Vorausbeschaffung des Vorjahres auf eine Ersparnis von 1½ Millionen. Ähnliche Ersparnisse stellen sich im bayerischen und württembergischen Etat heraus. Bei den fortdauernden Ausgaben der Marineverwaltung einschließlich 770 000 M. beim allgemeinen Verbandsfonds zu Zwecken der Marineverwaltung ist vorauszusetzen ein Mehrbedarf von 894 000 M., bei den einmaligen Ausgaben ein Mehrbedarf von 33 000 M., zusammen 927 000 M. Die Summe dieser Mehrausgaben beträgt rund 2¼ Mill. Es stehen aber diesen Mehrausgaben voraussichtlich folgende Minderausgaben gegenüber: bei dem Etat der Reichs-Justizverwaltung fortdauernde Ausgaben etwa 55 000 M., hauptsächlich bei den Kosten für die Kommission zur Ausarbeitung eines bürgerlichen Gesetzbuches, bei der Reichsschuld 110 000 M. wegen geringerer Begehrung von Anleiheposten. Mindereinnahmen sind zu erwarten vor allem bei der Zuckersteuer im Betrage von 15 840 000 M., bei der Reichsbörsen- und Branntweinmaterialsteuer wird voraussichtlich eine Mindereinnahme sich ergeben von 4 400 000 M., desgleichen von 2 470 000 M. bei den Aeuern für Zuckersteuer, Reichsbörsensteuer und Branntweinsteuer, so daß im Ganzen 22 770 000 M. Mindereinnahmen für die Reichskasse zu erwarten sind. Der Hauptposten hierunter, der Ausfall bei der Zuckersteuer, wird diejenigen, welche an der Etatsberatung selbst theilgenommen haben, nicht unterwartet kommen. Mindereinnahmen sind zu erwarten bei der Salzsteuer 1 440 000 M., bei der Branntweinsteuer 2 880 000 M., beim Spielartenstempel etwa 95 000 M., bei der Werkschiffsteuer 120 000 M., bei der statistischen Gebühr 270 000 M., bei der Post- und Telegraphenverwaltung rund 1 000 000 M., bei der Eisenbahnverwaltung 2 200 000 M., bei den verschiedenen Verwaltungen 2 700 000 M. und endlich bei den Zinsen von belegten Reichsgeldern 65 000 M. Die Summe dieser zu erwartenden Mindereinnahmen berechnet sich auf 10 550 000 M. Dem stehen gegenüber voraussichtliche Mindereinnahmen 22 770 000 M., bleibt im Ganzen eine Mindereinnahme von 12 220 000 M. Dazu die Mehrausgabe von 12 600 000 M. giebt den Fehlbetrag von 13 480 000 M., wesentlich infolge des Ausfalls bei der Zuckersteuer. Was nun diejenigen Einnahmen betrifft, welche den Einzelstaaten gesetzlich zu überweisen sind, so wird sich voraussichtlich bei den Zöllen eine Mehrüberweisung von 18½ Millionen ergeben. Bei dieser Schätzung sind diejenigen Einnahmen mit in Anschlag gebracht worden, welche aus den Gebieten der Reichskasse zufließen, welche bisher von dem Zollgebiet ausgeschlossen waren und ihm jetzt angeschlossen worden sind. Es ist mit Rücksicht auf die in diesen Gebieten voraussichtlich jetzt vorhandenen Bestände eine nicht unerhebliche Summe bei der Berechnung gekürzt worden. Ich glaube aber, daß eine größere Kürzung als vorgenommen war, nicht notwendig sein wird. Es ist also anzunehmen, daß die vorhandenen Bestände an Waaren relativ geringer seien, als sie bei den früheren Zollanschlüssen waren. Bei der Tabaksteuer ist eine Mehreinnahme und dem entsprechend eine Mehrüberweisung zu erwarten von 1 210 000 M.; bei der Verbrauchsabgabe von Branntwein und dem Zuschlag zu demselben wird sich wahrscheinlich ein Zuschlag von 26½ Mill. M. ergeben, bei den fälligen Nachsteuerkrediten eine Mehreinnahme von 1 295 000 M. und bei den Stempelabgaben für Wertpapiere 3 375 000 M. Mehrüberweisung. Im Ganzen werden hiernach rund 3 Millionen M. weniger, als in Aussicht genommen, an die Einzelstaaten zur Ueberschreibung gelangen. Ueberschüssig hoch ist der Ausfall bei der Verbrauchsabgabe von Branntwein und dem Zuschlag zu derselben. Die Gründe, welche diesen Ausfall herbeigeführt haben, sind mit voller Klarheit im gegenwärtigen Moment noch nicht zu übersehen. Zweifellos haben hierauf eingewirkt die beim Beginn der jetzigen Wirtschaftperiode nach Erlaß des Branntweinsteuergesetzes vorhandenen Bestände; es hat vielleicht eine Ueberschätzung des inländischen Konsums stattgefunden; vielleicht ist der inländische Konsum zurückgegangen. Man ist beim Ansatze der Einnahmen aus dieser Steuer für 1889/90 von denselben Voraussetzungen und Veranschlagungen ausgegangen, welche bei der Berechnung des Branntweinsteuergesetzes zu Grunde gelegen haben. Der Etat für 1889/90 setzt an Natrskulaaumlagen ein 221 140 567 M., gegen den vorigen Etat mehr 1 785 108 M.; an Ueberschüssen an die Einzelstaaten dagegen nimmt der Etat 281 440 000 M., gegen das Vorjahr mehr 15 085 000 M., in Aussicht. Das finanzielle Verhältnis der Einzelstaaten zum Reich stellt sich aber nach diesem Etat um etwas über 13 Millionen günstiger als in dem Etat des laufenden Jahres. Im Refort des Auswärtigen Amtes werden 379 510 M. mehr verlangt, darunter befinden sich Ausgaben für die Einrichtung mehrerer neuer Konsulate in Kijef, Brestoria, Rotterdam und ein Bispensulat in Sanffar. Für das Schutzgebiet in Südwestafrika wird unter den einmaligen Ausgaben ein Zuschuß von 102 000 M. verlangt. Aus dem Reichsamt des Innern hebe ich hervor, daß dem Staatssekretär ein höheres Dienstfeinkommen zubilligt werden soll wegen der mit seiner Stellung verbundenen Repräsentationspflichten.

Die stärkste Steigerung der Ausgaben findet sich in dem Etat der Verwaltung des Reichsheeres; bei den fortdauernden um 9 081 195 M., bei den einmaligen um etwas über 4 Millionen. Ich halte es nicht für angemessen, auf alle Einzelheiten dieses Etats, der ja in der Budgetkommission und im Plenum sehr eingehend beraten zu werden pflegt, hier einzugehen. Hervorzuheben will ich nur den Hauptposten, der die Erhöhung der dauernden Ausgaben des Ordinarius herbeiführt; es ist dies der Mehrbedarf von 6 Mill. für die Anschaffung von Brot und Fourage, für Naturalien und für Naturalienversorgung infolge der höheren Brot- und Kornpreise. Diesmal ist zum erstenmal seit Jahren die Sachlage so, daß die Oktoberpreise dieses Jahres, welche bei der Bemessung der für den Brot- und Naturalienbedarf einzustellenden Summen mit in Betracht gezogen werden, zu einer Erhöhung der Forderung geführt haben. Während der letzten Etatsjahre waren wir beständig gewohnt, daß die Oktoberpreise niedriger waren als die Durchschnittspreise der letzten Jahre, welche der ursprünglichen Veranschlagung zu Grunde gelegt zu

werden pflegen. In diesem Jahre ist ein umgekehrtes Verhältnis eingetreten und es stellt sich die Mehrforderung bei diesem Posten allein auf über 6 Millionen M.

Im Etat der Marineverwaltung wird von den fortdauernden Ausgaben weniger als im vorigen Jahre gefordert, während bei den einmaligen Ausgaben eine Mehrforderung eintritt. Im Großen und Ganzen aber ist der Marineetat derjenige Posten des diesjährigen Etats, auf welchen die folgenschwersten Beschlüsse des Reichstags Anwendung finden werden; ich meine, es ist derjenige Etat, der, wenn der Reichstag den angelegten Forderungen und den ihm zu Grunde liegenden Gedanken zustimmt, die künftigen Jahre erheblich belasten wird. Der Zweck der beigelegten Denkschrift ist es, die Nothwendigkeit erhöhter Aufwendungen zur Verstärkung unserer Flotte nachzuweisen. Auf den Etat des laufenden Jahres wirt diese Forderung finanziell noch nicht sehr erheblich ein. Die Schiffsbauten sind in Kapitel 6 der einmaligen Ausgaben Tit. 1 bis 13 mit rund 10½ Millionen M. aufgeführt, d. h. m. 2½ Millionen mehr, als für die Schiffsbauten im laufenden Jahre ausgesetzt sind. Von diesen Kosten für Schiffsbauten sind entsprechend dem Verfahren früherer Jahre 5 Millionen auf die Mittel des ordentlichen Etats verwiesen, während der Rest von 5 418 000 M. auf Anleihemittel gelegt werden soll. Infolge des Zollanschlusses von Hamburg und Bremen ist es notwendig geworden, die Zahl der Reichsbevollmächtigten für Zölle und Steuern um einen solchen zu vermehren und zugleich das Gehalt der 42 Stationskontroleure zu erhöhen. Ferner sei noch aus dem Etat des Reichsschatzamtes erwähnt, daß der Kaiserpalast in Stralburg jetzt vollendet worden ist und die für den Bau desselben geforderten Summen fast ganz in den laufenden Etat eingeschlossen sind. Ich wende mich zu den Einnahmen. Die Post- und Telegraphenverwaltung stellt einen Ueberschuß von etwas über 29 Millionen in Aussicht, ungefähr um eine Million mehr als im Vorjahre, während die einmaligen Ausgaben dieser Verwaltung 5 988 880 M. betragen. Im außerordentlichen Etat wird für Postzwecke diesmal nichts gefordert. Die Eisenbahnverwaltung stellt einen Ueberschuß von etwas über 19 Millionen in Aussicht, etwas über 1 Million mehr als im Vorjahre, dagegen vermindern sich die Zinsen aus belegten Reichsgeldern ademas um 34 000 M. Solche Zinsen bezieht das Reich, abgesehen vom Reichs-Invalidentfonds, zur Zeit nur vom Reichstagsgebäude-Fonds.

Bei den Zöllen und Verbrauchssteuern ist gegen das vorige Jahr eine wesentliche Veränderung dadurch eingetreten, daß die früheren Zollanschlüsse zum größten Theil jetzt dem Zolllande angeschlossen sind.

Bei der Berechnung des Zoll- und Steuerertrages von der Konsumtion der Bewohner der früheren Zollanschlüsse sind die nunmehr fortfallenden Aueria zu Grunde gelegt in der Annahme, daß dieselben unaufgeklärt richtig den Ertrag aus jener Konsumtion darstellen. Einen besseren Maßstab für die Abschätzung dieses Staatspostens konnte man zur Zeit nicht finden und es wird der Zukunft vorbehalten bleiben müssen, etwaige Irrthümer bei dieser Abschätzung zu berichtigen.

Die Zölle repräsentiren eine Steigerung von etwas über 25 Millionen. Die Zuckersteuer ist veranschlagt auf Grund des am 1. August 1888 in Kraft getretenen neuen Gesetzes, wobei die Schätzung des Zuckerertrages als richtig zu Grunde gelegt wurde, die dem Gesetze zu Grunde lag. Es läßt sich mit einiger Wahrscheinlichkeit annehmen, daß die Zahlen des Ertrages der Zuckersteuer, wie sie der jetzige Etat aufstellt, der Wirklichkeit entsprechen, daß wir nunmehr am Ende derjenigen Periode angelangt sind, in welcher die Zuckersteuer gegen den Etat im Schlußresultat einen Minderertrag ergab. Die Londoner Konvention hat auf die Gestaltung des Etats für 1889/90 noch keinen Einfluß, ihr Abschluß ist daher bei den Abschätzungen auch nicht berechnet worden.

Die Branntweinsteuer wirt auf den Etat des Reichs nur in der Reichsbörsen- und Materialsteuer ein, welche mit 24 700 000 M. eingestellt ist. Die hier enthaltene Mehreinnahme von 2 358 000 M. ist eingestellt mit Rücksicht auf die Ergebnisse des ersten Jahres der Geltung des neuen Gesetzes, des Jahres von 1. Oktober 1887 bis 1. Oktober 1888. Aus dem Zollgebiet jetzt angeschlossen Gebieten sind für die Reichsbörsen- und Materialsteuer Einnahmen nicht zu erwarten. Eine vorläufige Schätzung dieser Steuer empfiehlt sich in diesem Jahre jedenfalls auch deshalb, weil die Kartoffelernte dieses Jahres, soviel man übersehen kann, in Deutschland eine geringe ist. Die Verbrauchsabgabe mit dem Zuschlag ist auf Grund derselben Annahme eingestellt, welche bei der Berechnung des Branntweinsteuergesetzes zu Grunde gelegt wurde. Ob und inwiefern die Wirklichkeit mit den damaligen Annahmen übereinstimmen wird, wird sich im Laufe von 1889/90 wohl mit Sicherheit herausstellen. Der gegenwärtige Moment giebt aber noch nicht die Möglichkeit, irgend eine bessere Grundlage für die Schätzung zu gewinnen, als sie damals vorhanden war.

Die Natrskuluarbeiträge sind mit 221 140 567 M. in den Etat eingestellt. Wenn man davon abzieht die Aquivalente für die nicht allen Staaten gemeinsame Einnahme an Bau- und Branntweinsteuer, Besitzerschüssen und Einnahmen aus der Verwaltung des Reichs, so bleibt eine wirkliche Minderbelastung von 210 376 748 M. Und wenn man dieser letzteren Zahl die Ueberschüsse an die Bundesstaaten gegenüberstellt, so werden dieselben nach Erfüllung ihrer Verpflichtungen vom Reiche rund 71 Mill. M. auf zu empfangen haben, das heißt fast so viel baar, als sie im Jahre 1872 baar an das Reich zu zahlen hatten. Es hat sich das Verhältnis der Einzelstaaten zum Reiche selbstverändlich auf Grund der neuen Steuererträge von Jahr zu Jahr günstiger gestaltet.

Nun komme ich noch auf die Anleihe und die Mehrausgaben für die Reichsschuld. Wir sind auch in diesem Jahre gezwungen, eine Reihe von Ausgaben aus Anleihemitteln zu bestreiten. Durch diese neue Anleihe und die gesteigerten Anleihebeiträge aus den letzten Jahren ist natürlich die Ausgabe des Reichs für die Verzinsung der Schuld. Der Bundesrath hat diese Frage jetzt nicht in Angriff genommen und zur Entscheidung bringen wollen; man hat vielmehr im Großen und Ganzen dieselben Grundsätze walten lassen wie bisher. Das aber kann ich bezweigen, daß bei der Scheidung derjenigen Ausgaben, welche man auf Anleihemittel verweisen hat, mit peinlicher Gewissenhaftigkeit vorgegangen ist, und es wird auch notwendig sein, in Zukunft mit peinlicher Gewissenhaftigkeit vorzugehen, daß man im Zweifel die Ausgaben auf die ordentlichen Mittel übernimmt. (Seh' gut!) Dazu führt uns die Steigerung der Schuldlast des Reichs, dazu zwingt uns doppelt der Ausblick auf die Zukunft, welche in der Alters- und Invalidenversorgung dem Reiche neue, im Interesse der ärmsten Bevölkerung notwendige, die Reichsfinanzen belastende Ausgaben zuweisen wird. Ich kann Sie zum Schluß nur bitten, den Etat einer sorgfältigen, eingehenden und wohlwollenden Prüfung zu unterziehen. (Zu fall rechts.)

Abg. Richter: Einem alten Brauche dieses Hauses folgend, werde ich bei der ersten allgemeinen Besprechung des Etats auch der Thronrede in einigen Abschnitten zu gedenken haben. Zunächst habe ich der allgemeinen Befriedigung Ausdruck zu geben, welche die Ausrufung der Thronrede über die friedliche Lage der auswärtigen Mächte mit sich bringt. Diese Ausrufungen stehen wohlwollend ab von der etwas nervösen Art, wie die auswärtigen Angelegenheiten in den letzten Wochen in der offiziellen Presse behandelt worden sind. Wir wissen ja, daß seit Jahr und Tag die auswärtige Lage Deutschlands eine prekäre ist, und darin wird auch der Thronwechsel und die Kaiserrede nichts Erhebliches ändern; aber während die offiziöse Presse in den Monaten Juli, August und September die auswärtige Lage nicht optimistisch genug darstellen konnte, hat sie in den letzten Wochen gewechselt in Bildern bald optimistischer, bald pessimistischer Art, ohne daß man zu erkennen vermöchte, was hauptsächlich Neues sich ereignet habe. Es war, als wenn ein Elektriker auf der Bühne verschiedene Bühneneffekte durch raschen Lichtwechsel herzubringen suchte. Wenn das eine bloße Unterhaltung für diplomatische Kreise wäre, so wäre dagegen kein Wort zu verlieren; aber nach dem Umfang und der Art, wie die offiziöse Presse in Deutschland organisiert ist, leidet unser ganzes Gewerbeleben schwer darunter. — Der vorliegende Etat hat eine Hauptübertragung uns bereitet durch die Denkschrift zum Marineetat, die finanziell allerdings erst für die nächstfolgenden Jahre Bedeutung hat. Die Ausführungen dieser Denkschrift stehen in direktem Widerspruch mit den Denkschriften der Admiralität aus den Jahren 1877—78, 1884, ja selbst mit den Erklärungen vom 18. Januar d. J. im Reichstage. Noch im vorigen Jahre wurde es für angemessen gehalten, für fünf Jahre jährlich 8 Millionen zu verwenden und so innerhalb fünf Jahren die Marine zu etwa 1/2 zu erneuern. Nunmehr sind für die nächsten fünf Jahre aus diesen 8 Millionen im Durchschnitt 24 Millionen geworden, und es soll innerhalb fünf Jahren eine Erneuerung von etwa 2/3 stattfinden. Die Schiffe haben bisher überhaupt ungefähr 200 Millionen gekostet, nunmehr sollen wir innerhalb 5 Jahren 117 Millionen zu Neubauten aufwenden; wir sollen gegenüber etwa 48 größer n Schiffen, die wir besitzen, unter 28 neuen 24 größere Schiffe herstellen; ja man empfängt fast den Eindruck, als ob unsere Marine gegenwärtig bis auf 6 oder 7 Schiffe überhaupt nichts mehr wert sei, als ob sie wesentlich nur aus altem Eisen und altem Holz bestände und so rasch wie möglich durch neue Schiffe ersetzt werden müßte. (Zustimmung links.) Ähnliche Ausführungen, wie sie sich jetzt in der Denkschrift finden, standen zu Anfang dieses Jahres allerdings in mehreren Blättern. Demals verfiel ich aber auf eine Interpellation des Abg. Richter der damalige Chef der Admiralität hier im Reichstage, daß die Admiralität derartigen Ansichten durchaus fern liege, er begreife eine solche melancholische Auffassung der Lage der Marine nicht, die Marine sei ihrer Aufgabe vollständig gewachsen; und diese Erklärung gab der Chef der Admiralität nicht bloß im eigenen, sondern auch im Namen der Reichskanzlei ab. Sollen wir nun, weil ein Wechsel in der Person des Chefs stattgefunden, auch in unseren Ansichten und Einschließungen einen Wechsel vornehmen, und zwar auf Grund einer Denkschrift, die so wenig Ueberzeugungsstärke an sich hat? Wir erfahren übrigens garnicht, welches der Umfang dieses neuen Flottengründungsplans eigentlich ist; er erscheint geradezu unferlos; vor der Hand sollen wir diese 28 neuen Schiffe bauen; was noch dahinter steht, ist vollständig im Dunkeln. Wir erfahren mit keiner Silbe, wie sich der laufende Friedensetat, der von 27 auf 38 Millionen in den letzten Jahren bereits gestiegen ist, nach Vollendung auch nur dieser Bauten stellen kann; ebenso wenig, wie nach vollständiger Erneuerung des Materials das Personal der Marine gedeckt werden soll und wie überhaupt in diesem Umfange in so kurzer Zeit Schiffsbauten in Deutschland auszuführen sind. Gegenüber dem Bau von großen Panzerschiffen wird nicht gesagt, warum jenes Wort, daß wir uns den Luxus von fehlerhaften Experimenten nicht gönnen könnten, nicht mehr berechtigt sei. Für den Bau des Nord-Oisekanals wurde seiner Zeit ausgeführt, daß die Herstellung dieses Kanals an sich schon eine Verdoppelung der deutschen Marine bedeute; in der Denkschrift vermischt man eine Darlegung, in welchem Verhältnis dieser Kanalbau zum Flottengründungsplan steht. In den Tabellen der Denkschrift wird wiederholt auf die französische Marine hingewiesen. Noch am 10. Januar 1885 erklärte aber der Reichskanzler, daß nicht davon die Rede sein könnte, daß wir in Bezug auf die Marine nach unseren deutschen Verhältnissen uns mit Frankreich vergleichen könnten. Ich bin etwas gespannt auf die Haltung der rechten Seite des Hauses, die uns auf der linken Seite immer eine gewisse Vorliebe für den Bau großer Schiffe zuschrieb. Jeht innerhalb zehn Jahren, gebaut werden; jetzt soll es schon innerhalb fünf Jahren geschehen, obwohl von den zehn Schiffen damals sechs für den Schuß der Elbe nach Herstellung des Nord-Oisekanals bestimmt waren. Diese Herstellung der Verteidigungsschiffe der Elbmündung soll also jetzt Eile haben, obwohl von allen Seiten stets versichert wurde, daß es in Bezug auf Küstenverteidigung mit unserer Marine auf das Beste bestellt sei. Wie die geschützten Kreuzer die eigene Marine, die über den ganzen Erdball zerstreut ist, schützen sollen, ist mir nicht verständlich; und ebenso wenig, wie der sekundäre Zweck derselben, die Kaperei während des Krieges, die fast im Bau dieser Schiffe veranlassen kann. Wenn es aber wahr ist, daß der maritime Schutz unserer deutschen Küsten und unserer heimischen Gewässer jetzt größere Anforderungen erheischt als bis vor kurzem, dann haben wir um so mehr Veranlassung, zu erwägen, ob es sich nicht, zu kolonialen Zwecken so viele Kräfte unserer Marine über den ganzen Erdball zu zerstreuen, dann ist es um so mehr angezeigt, zu prüfen, ob nicht die Kolonialpolitik schon jetzt den Rahmen überschritten hat, der sich nach deutschen Verhältnissen und im Besonderen nach dem Werte deutscher Schutzgebiete rechtfertigen läßt. Die Thronrede sagt ferner, daß durch gesetzgeberische Maßnahmen die Roth der Zeit, das menschliche Elend nicht aus der Welt geschafft werden könnte. Das ist richtig. Aber deshalb soll es auch nicht Aufgabe gesetzgeberischer Maßnahmen sein, die Roth der Zeit zu verschärfen, wie es durch die Kornzölle geschehen ist. Deshalb soll die Gesetzgebung nicht darauf angelegt sein, denen, die schon elend genug sind, noch die färgliche Nahrung künstlich zu vertheuern. Es ist in der Thronrede sehr viel die Rede von dem Christentum und Glauben, die auf dem Boden der Nächstenliebe erwachsen sind. Ganz schön. Aber nicht auf dem Boden der Nächstenliebe, sondern des Sonderinteresses der bestehenden Klassen ist die jetzige Gesetzgebung entstanden. Ein Gebot des Christentums heißt: „Unser tägliches Brot gib uns heute.“ Wenn die Deutschen jetzt Brot so billig haben wollen, wie es der Himmel giebt, so müssen sie jenseits der Grenze gehen. (Lachen rechts.) Deshalb sollte man sparsamer mit solchen Reden vom Christentum sein. Als der jetzige Schatzsekretär noch nicht Julius, sondern Saulus war, in Bezug auf die Freihandelspolitik, bezeichnete er 1879 die Kornzölle als das Ideal einer Abgabe, wie sie nicht sein soll. Er sagte damals, wenn ich wirklich für die Kornzölle stimme, so geschieht es in der bestimmten Hoffnung, daß, wenn später die Agitation gegen diese Vertheuerung der notwendigen Lebensmittel des Volkes, die zwiefellos eintreten wird, anfängt und die Kornzölle wieder fortschafft, sie auch einen Theil der Industriezölle ebenfalls mit fortschafft. Ich hoffe auch, daß sich die Agitation so kräftig erweist, daß sie einen Theil der Industrie- und Kornzölle fortschafft. So lange noch Kornzölle bestehen, sollte man nicht so mit den Absichten der Altkaisers- und Invalidenversicherung patieren. Das ist ein schreiender Widerspruch, wenn man auf der einen Seite den täglichen Unterhalt des Arbeiters vertheuert und es ihm dadurch erschwert, in jungen, gesunden Jahren etwas vor sich zu bringen für das Alter; wenn

man es ihm erschwert, sich darauf zu ernähren, daß er sich gegen einen frühen Verfall seiner Kräfte schützt. So lange die Kornzölle bestehen, auf deren Befestigung die Arbeiter ein natürliches Recht haben, wird das unzulässige Mißverhältnis zwischen den stolzen Worten der kaiserlichen Botschaft über die Fürsorge für den Arbeiter und der Wirklichkeit immer mehr Unzufriedenheit hervorgerufen. Die Signatur unserer Zeit ist eine sich fortwährende steigende Vermehrung der sozialdemokratischen Partei, das heißt der Partei, die überhaupt an der Besserung der bestehenden Verhältnisse auf heutiger Grundlage zweifelt, und man kann zweifelhaft sein, ob verkehrte gesetzgeberische oder repressiver Maßnahmen mehr die Schuld an der Vermehrung der Sozialdemokratie tragen. In solcher Situation giebt es manche, die es für eine große Staatsweisheit erachten, wenn sie die freisinnige Partei mit allen Mitteln aller Autorität niederkämpfen und zu vernichten suchen, ja, es giebt Männer, die es als vortrefflich betrachten, wenn mit den verzweifeltsten Mitteln, selbst der Judenhetze, es gelingt, der freisinnigen Partei ein paar Mandate abzunehmen. (Lachen rechts.) Es wird selbst die einfachste Voraussetzung des Konstitutionalismus in Frage gestellt, je mehr es gelingt, die Krone in den politischen Parteienkampf herabzuziehen und das Gefallen oder Mißfallen der Krone als Richtschnur bei den Wahlen zu nehmen. Wohin dabei das Ansehen der Krone gerät, brauchen wir nicht erst aus den Populonischen Plebisziten zu sehen, das haben wir unter Friedrich Wilhelm IV. selbst gesehen. Wir werden uns wie die alte liberale Minorität nicht beirren lassen; wir werden unserer Ueberzeugung frei einem jeden Manne gegenüber Ausdruck geben, wie bisher auch in dieser Session. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. v. Wedell-Malchow: Der Herr Abg. Richter möge mir verzeihen, wenn ich nicht gleich auf seine Rede eingehe, ich will erst über den Etat einige Bemerkungen machen, zu dem er sehr wenig gesprochen hat. (Sehr richtig! rechts.) Im Großen und Ganzen können wir mit diesem Etat zufrieden sein. Wenn wir auch jetzt zu meinem Bedauern einen Fehlbetrag von 3 1/2 Millionen haben, so sind das Gott sei Dank vorübergehende Zustände, und wir haben in nicht zu langer Zeit zu erwarten, daß wir ohne solchen Fehlbetrag unseren Etat aufstellen können und doch in der Lage sein werden, für die Bedürfnisse des Reiches zu sorgen und namhafte Ueberschüsse an die Einzelstaaten abzuliefern. Wenn dies nicht eintreten wäre durch die Politik der Regierung, in welcher französischen Lage würden wir dann jetzt sein? (Beifall rechts.) Allerdings sind wir durch die Verhältnisse gezwungen, mehrere Anträge aufzunehmen und es ist auch nicht möglich, an eine Schuldentilgung heranzugehen, aber es ist von uns und von der Regierung diese wichtige Frage nicht außer Augen zu lassen. Ich empfehle auch, den indirekten Weg der Verminderung der Schulden zu verfolgen, der darin liegt, daß möglichst wenig auf den außerordentlichen Etat gesetzt wird. Bei einer Durchsicht des Etats, namentlich des Marineetats, werden sich noch Punkte finden, wo diese Grundzüge mit gewissem Erfolge angewendet werden können. Meine Freunde werden den meisten Forderungen der Regierung ihre Zustimmung geben. Der Abg. Richter beschuldigte die offiziöse Presse, daß sie gelegentlich die Verhältnisse bald optimistisch, bald pessimistisch darstelle und das Publikum beunruhige. Was ist aber offiziös? Man hält oft Notizen für offiziös, die es nicht sind. Aber auch durch Artikel im „Berliner Tageblatt“ und in der „Freisinnigen Zeitung“ kann das Publikum beunruhigt werden. Am besten kümmert man sich so wenig als möglich um die Presse, sowohl als politischer, wie als Geschäftsmann. (Hinterkeit.) Wenn man seine Geschäfte nach der „Völkischen Zeitung“ oder „Allgemeinen Zeitung“ einrichtet, kann man sehr schlechte Geschäfte und schließlich bankrott machen. (Sehr richtig! rechts.) Der Herr Abg. Richter war neugierig, wie wir uns zur Marinefrage stellen würden, da wir die Ausgaben für die Marinezwecke immer zu hoch gefunden hätten. Wir sind diesmal dieser Frage gegenüber anderer Meinung und werden die Vorlage der Regierung nach sorgfältiger Erwägung in dem Umfang, soweit uns dieselbe technisch begründet erscheint, soweit wir sie für notwendig erachten, bewilligen. Wir haben auch dazu unsere guten Gründe. Ich bestritte, daß unter dem letzten Chef der Admiralität der Bau von größeren Schlachtschiffen absolut gerührt hat. In der letzten Denkschrift dieses Herrn von 1880 wird überzeugend nachgewiesen, daß für eine Küstenverteidigung einige Schlachtschiffe nötig seien, daß eine Vertheilung nur erreicht werden kann, wenn von Zeit zu Zeit ein Offensivschlag gemacht werden kann. Daß der vorige Chef der Marine seine Thätigkeit auf andere Gebiete, wie das Torpedowesen u. dgl. gerichtet hat, wird auch die jetzige Verwaltung dankbar anerkennen. Das schließt nicht aus, daß wir jetzt unter anderen Verhältnissen in anderer Richtung vorgehen. Ich betrachte diese Frage nicht von einem kleineren Standpunkt der Verfassung des Volkes, sondern im Zusammenhang mit der politischen Lage als eine weitere Konsequenz der Vermehrung unseres Heeres zu Lande. Ein europäischer Krieg wird nicht nur zu Lande, sondern auch zu Wasser geführt werden, und die Regierung thut Recht daran, zur rechten Zeit für diese Eventualität zu sorgen. Wenn wir auch in der Thronrede mit Befriedigung gelassen haben, daß der Friede gestiftet ist, so ist dies doch nur möglich, wenn Deutschland zu Lande und zu Wasser gerüstet dasteht. (Sehr richtig! rechts.) Auch müssen wir unsere jetzt immer mehr aufblühenden überseeischen Verbindungen, unseren Handel und Industrie daselbst durch unsere Marine schützen und stärken. Wenn man in fernem Landen nicht weiß, daß auch eine wüste Seemacht dahinter steht, wird man unseren Kaufleuten Schwierigkeiten bereiten. Ein großer Enthusiasmus für ostafrikanische und ähnliche Unternehmungen bin ich allerdings auch nicht. Aber nachdem diese Kolonien unter kaiserlichem Schutz gestellt sind, muß auch dieser Schutz im Interesse des Ansehens des Reiches ausgedehnt werden. Wie der Abg. Richter von einer hervorragenden Unfähigkeit der preussischen Eisenbahnverwaltung sprechen konnte, begreife ich nicht. (Sehr richtig! rechts.) Ein Wagenmangel ist allerdings eingetreten, weil der Verkehr sich ganz über alle Ausfahrt vermehrt hat. Wir werden ja auch eine Vorlage bekommen, die diese Sachen, welche der Abg. Richter so sehr vermisst, beschaffen soll. Ich habe auch bei meinen Sendungen unter dem Wagenmangel gelitten, habe aber nie daran gedacht, deswegen der preussischen Eisenbahnverwaltung Unfähigkeit vorzumerfen. Was die Maßraumsteuer betrifft, so kann ich bemerken, daß auch wir im Osten mit dem Gesetz gar nicht zufrieden sind. Bei dem Preis von 33 M. pro Hektoliter, wovon 14 M. abgehen für die Maßraumsteuer, ist es unmöglich, förmliche Anstöße zu zahlen und noch eine Rente übrig zu behalten, und es werden noch mehr Brennereien eingehen, als bisher eingegangen sind. Was die Proteinfuhr an der Grenze betrifft, so kann ja ein gewisses Quantum bis zu 6 Pfd. zollfrei eingeführt werden. Wer Zeit hat, mag es sich über die Grenze holen. Aber ein besonderes Geschäft wird dabei sicherlich nicht gemacht. Die Rede des Abg. Richter hat auf mich den Eindruck gemacht, als wenn sie, ich will nicht sagen den Friede, wohl aber die Wirkung haben würde, daß sie als Nachspiel nach den Landtagswahlen vorgebracht ist und als Vorspiel für die 1889—90 bevorstehenden Reichstagswahlen. (Sehr richtig! rechts.) Da will ich ihm nur sagen: wie die Wahlen zum Landtag ausfallen sind, das weiß er ja, die Wahlen zum Reichstag sind natürlich noch unbestimmt, wir fürchten uns aber nicht! (Beifall rechts.) Der Abg. Richter mag ruhig noch mehr solche Reden halten, wir erwarten die Wahlen mit größter Ruhe. (Beifall rechts.)

Abg. v. Guano (Zentrum): Der Reichsschatzsekretär hat sehr einfach und objektiv die Finanzlage entwickelt, ohne rosig oder schwarz zu färben. Herr v. Wedell meint, wir könnten mit der Finanzlage außerordentlich zufrieden sein, und Herr Richter war so außerordentlich zufrieden, daß er schon daran gedacht hat, eine ganze Menge von Steuern und Bölle, welche in den letzten

Jahren als finanzielle Nothmittel eingeführt worden sind, wieder abzuschaffen. So ändern sich die Zeiten: Herr Richter als Vertreter der glänzenden Finanzlage des Reichs! Aber Herr Richter hat doch vergessen, wie weit wir z. B. in Bruggen noch davon entfernt sind, als nothwendig allgemein anerkannte Reformen durchzuführen, zu denen wir noch erhebliche Mittel bedürfen, aber nicht aus neuen Steuern, sondern aus den bestehenden und mit Hilfe sparsamer Wirtschaft. Das ist ja das Charakteristische, daß die ungeheueren Quellen die letzten sind, welche wir dem Reich zur Disposition stellen können. Wir geben keinen Schritt weiter, das Reich muß mit dem Bewilligten haushalten; dabei müßte wir uns, trotz der scheinbar glänzenden Finanzlage, der strengsten Sparsamkeit befleißigen. Was die Branntweinsteuer betrifft, muß ich dem Ausspruch Richters, daß das Gesetz lediglich im Vortheil der fälligen Brenner wolle, als einem irrigen entgegen treten. Meine schließlichen Freunde, welche keine spekulativen Brennerien betreiben, sondern nur wegen ihres landwirtschaftlichen Betriebes notwendig Branntwein, lediglich für den Branntweinbrennen, verschern mir, daß ihre Brennereien mit wenigen Ausnahmen nicht prosperieren; man hat aber gehofft, daß nach einiger Zeit auch die landwirtschaftlichen Brennereien so prosperieren werden, daß es für ihren Betrieb nötig ist. Bezüglich der Getreidezölle sagt Herr Richter wörtlich, die Veröberung hat ein Recht, das Brot so billig zu essen, wie der Himmel wachsen läßt. Gewiß giebt der Himmel seinen Segen zum Wachsen und Gedeihen des Brotkorns; wir Landwirthe müssen aber doch auch etwas arbeiten, damit das Getreide wächst, wir müssen Opfer bringen, und die Opfer müssen bisher größer als das, was uns des Getreides brachte. Der Himmel läßt nicht Brot wachsen, sondern Getreide, welches noch vermahlen und gebacken werden muß. Ehe wir auf den Abbruch der Getreidezölle gehen, welcher die ganze Wirtschaft ruinen würde, möge er darüber nachdenken, nicht bei der Mithilfe, welche Müller und Bäcker dem Landwirthe leisten, etwas für sie abfällt. Die anscheinend beachtenswerthe Agitation wird nicht zur Abschaffung der Zölle, sondern zur Einführung von Brotzöllen führen. (Sehr richtig! rechts.) Ich warne daher vor der Fortführung dieser Agitation. Die Brotpreise sind dem fälligen Sinken der Kornpreise entsprechend gesunken, es wird auch ein unverhältnismäßiges Steigen nicht eintreten, nachdem die Kornpreise einen erreicht haben, wobei die Landwirtschaft einigermassen prosperieren kann. Für die anderweite Eintheilung des Etats sprechend unserem vorjährigen Wunsche sind wir dankbar, die jetzige Eintheilung scheint mir zutreffend. Wir können uns wünschen, daß auch in anderen Affekten ein gleiches Vorgehen auf unsere Anregungen Bieg greifen möge. Im Ganzen hat der Etat, wie er vorliegt, eine große materielle Bedeutung in Bezug auf Einnahme und Ausgabe nicht. In Bezug auf den Mehrausgaben im Militärstat wegen der höheren Materialpreise zu bemerken wäre, ist schon gesagt worden. Eine allgemeine Bemerkung habe ich zu den Ausgaben zu machen. Eine ganze Anzahl Stellen sind theils höher, theils niedriger geschaffen. Im Laufe der Jahre haben wir eine ganz bestimmte Schablone für die Begründung dieser Forderungen kennen gelernt. Entweder wird der wachsende Umfang der Lasten, oder die wachsende Bedeutung des Amtes, oder die Nothwendigkeit der Gleichstellung des betreffenden Beamten mit denen einer höheren Kategorie herangezogen. Im letzteren Falle tritt der event. Nachfolger des aufzunehmenden Beamten für den jenen Grund gar nicht mehr vor. In der Kategorie ein. Dann folgen die Affekte, und so kommt im Laufe von 5 bis 6 Jahren allmählich aus diesen kleinen Erhöhungen ein schönes Bild heraus. Wenn ich aber dieses Bild streife, doch etwas signifikant dabei; denn mit unseren Verträgen, uns dagegen anzustimmen, sind wir natürlich nicht durchgezogen. Im Einzelnen ist der Etat, wie er vorliegt, prinzipiell ein anderer als früher. Begründung der Denkschrift reicht nicht hin, um uns zu überzeugen, auf dem vorgeschlagenen Wege zu folgen. Ich nehme an, daß die Verwaltung in der Kommission später vielleicht auch im Hause Aufklärungen geben wird, uns den neuen Weg geneigter machen können. Die Frage des Baues der großen Schiffe muß nicht bloß subjektiv für die Verwaltung, sondern auch objektiv für die Entscheidung des Reichstags gelöst werden. Auch die Antisillenbewegung mag tags machen, daß möglicherweise auch durch eine Marine ihren Bestrebungen Nachdruck gegeben wird; alle Fragen bedürfen der genauesten Prüfung im einzelnen. Wir gemeinen müssen wir uns stets gegenwärtig halten, daß die Marine und die jährlichen Etats im Ordinarium die dritte Hälfte, im Extraordinarium zwei Drittel und von der dritten Hälfte auch reichlich die Hälfte in Anspruch genommen sind. Wir haben andererseits für die Bedürfnisse des Landes für die Ehre des Reiches volles Verständnis und wir können auch nicht, daß es nicht möglich ist, in so kurzer Zeit abzurufen oder doch die Landesverteidigung wesentlich zu beschränken, wo man, indem man mit der Hand einen freundschaftlichen Händedruck giebt, mit der anderen den Degenknäuel zu fassen pflegt. Wir sind der Meinung, daß der Friede erst dann gestiftet sein wird, wenn die Bestimmungen, welche in der Thronrede zum Ausdruck kommen, Gemeingut aller Völker und aller Herrscher Europas werden. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Auf Antrag des Abg. Richter wird die weitere Debatte vertagt.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr (Fortsetzung der Etatsdebatten, Rechnungsübersichten, Vorlagen.)

Lokales.

Abermals erleidet die manchesterliche Seidenindustrie den unbeschränkten Konkurrenz, durch welche sich die wachsenden Verhältnisse dem allgemeinen Wohle gemäß regeln sollen, einen neuen Stoß, von dem man voraussetzen sollte, daß die Anhänger jener Lehre endlich zu der Einsicht gelangen müßten, daß diese Lehre eben so falsch wie der Reichthum unwürdig sei. Am 22. November fand hier selbst die Generalversammlung der Aktiengesellschaft „Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft“ statt. Nachdem die Tagesordnung, betreffend die Liquidation der Decharge für die Jahresrechnung und die Festsetzung der Dividende, erledigt worden war, theilte der Vorsitzende, Herr v. Nathenau mit, daß seitens der Verwaltung seit längerer Zeit Versuche gemacht worden seien, das sehr werthvolle Aluminium durch Elektricität darzustellen (das Aluminium wird aus der Erde gewonnen, die als dessen Erz betrachtet werden kann, etwas grauer als Silber, rostet weder an Luft noch im Wasser, ist ungemein leicht und eignet sich zur Elektricität wegen der Herstellung verschiedener Geräthe). Versuche haben den günstigsten Erfolg gehabt, das Aluminium dessen bisheriger Preis wegen der schwierigen Gewinnung so hoher war, daß es keine Verwendung finden konnte, auf viel billigerer Art auszufinden und damit die Aluminiumindustrie vielfältigen Verwendung gegeben, theils als reines Metall, theils als Legirung mit Eisen, Eisen-Aluminium, oder mit Aluminium-Bronze. Aber gleichzeitig mit diesen hier erwähnten Versuchen hat eine schweizerische Gesellschaft in Genéve ebenfalls mit gleichem Erfolge ausgeführt und ist sofort ebenfalls die nötigen Fabrikations-Einrichtungen zu treffen, durch die bedeutende Wasserkräfte, die der Rhein bietet, benützt werden. Die Direktion der hiesigen allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft hat sich auf erhaltene Kunde von dem Züricher Unternehmen für die dortigen „Zürcher metallurgischen Gesellschaft“ in

welcher in ihre Wohnung zu dringen versuchte, mit Wasser überpöfft sein. Man glaubt, dem Thäter auf der Spur zu sein.

Bewegung der Bevölkerung der Stadt Berlin. In der Woche vom 4. bis 10. November d. J. fanden 353 Geburten statt. Lebendgeborene wurden 303 Kinder, darunter 108 auferehelich, todtgeborene waren 33 mit 4 auferehelichen. Die Lebendgeborenen sind 32,4, die Todtgeborenen 1,2 pro Tausend der Bevölkerung, die auferehelich Geborenen sind bei den Lebendgeborenen 11,9, bei den Todtgeborenen 12,1 pCt. Die Zahl der gemeldeten Sterbefälle betrug 543, die sich auf die Wochentage wie folgt vertheilen: Sonntag 82, Montag 74, Dienstag 47, Mittwoch 83, Donnerstag 82, Freitag 80, Sonnabend 68. Von den Gestorbenen erlagen an Malaria 9, Scharlach 1, Rose 0, Diphtheritis 31, Bräune 2, Keuchhusten 6, Kindbettfieber 2, Typhus 3, Ruhr 2, Syphilis 1, Altersschwäche 21, Gehirnschlag 19, Lungenentzündung 41, Lungenschwindsucht 80, Diarrhöe 17, Brechdurchfall 16, Magen Darmkatarrh 18. Durch Vergiftung kamen 5 Personen, um, 1 durch Selbstmord, 1 durch Alkoholvergiftung (Veitrum tremens). Eines gewaltsamen Todes starben 17 Personen, und zwar durch Verbrennung oder Verbrühung 1, Ertrinken 0, Erhängen 6, Weiberfahren 1, Sturz oder Schlag 6, Schusswunde 2, Schnitt- oder Bisswunde 1. Hierunter sind 9 Todesfälle durch Selbstmord herbeigeführt. Dem Alter nach sind die Gestorbenen: unter 1 Jahr alt 184 (33,9 pCt. der Gesamtsterblichkeit), 1-5 Jahre 75, 5-15 Jahre 24, 15 bis 20 Jahre 11, 20-30 Jahre 38, 30-40 Jahre 43, 40 bis 60 Jahre 81, 60-80 Jahre 67, über 80 Jahre 20 Personen. In hiesigen Krankenhäusern starben 141, einschließlich 15 Auswärtige, welche zur Behandlung hierher gebracht waren. Auf die Standesämter vertheilen sich die Todesfälle folgendermaßen: Berlin-Röln-Dorotheenstadt (I) 16, Friedrichstadt (II) 24, Friedrich- und Schöneberger Vorstadt (III) 24, Friedrich- und Tempelhofer Vorstadt (IV) 44, Luisenstadt westlich (Va) 36, Luisenstadt östlich (Vb) 28, Luisenstadt östlich (Vc) 36, Neu-Röln (VI) 38, Stralauer Viertel westlich (VIIa) 35, Stralauer Viertel östlich (VIIb) 34, Königsstadt (VIII) 46, Spandauer Viertel (IX) 26, Rosenthaler Vorstadt, südlich (Xa) 25, Rosenthaler Vorstadt, nördlich (Xb) 23, Dranienburger Vorstadt (XI) 46, Friedrich-Wilhelmsstadt und Moabit (XII) 43, Wedding (XIII) 55. Die Sterbefälle sind 19,4 pro Tausend der fortgeschriebenen Bevölkerungszahl (1.463.706). Die Sterblichkeitsziffer in folgenden Städten des Deutschen Reichs mit mehr als 100.000 Einwohnern betrug in Aachen 16,0, Altona 20,5, Barmen 10,2, Bremen 11,1, Breslau 26,0, Chemnitz 25,4, Danzig 31,3, Dresden 16,7, Düsseldorf 24,5, Eberfeld 20,2, Frankfurt a. M. 13,0, Hamburg mit Vororten 19,3, Hannover 12,3, Köln 21,7, Königsberg 27,9, Leipzig 19,8, Magdeburg 18,2, München 25,2, Nürnberg 19,1, Stettin 19,6, Strassburg i. E. 19,3, Stuttgart 14,6 pro Tausend. In anderen Großstädten Europas mit mehr als 300.000 Einwohnern betrug die Sterblichkeitsziffer in Amsterdam 16,9, Budapest (Lorwoche) 25,6, Dublin 27,5, Liverpool 21,5, London 16,5, Paris 22,0, Petersburg (Vormoche) 21,5, Warschau (Vormoche) 27,5, Wien (Vormoche) 22,6 pro Tausend. Es wurden 5330 Huzegogene, 1501 Weggezogene gemeldet, so daß sich die Bevölkerung mit Einrechnung der nachträglich gemeldeten Geborenen und des Zuzuges; der den Weggezogenen erfahrungsmäßig zugerechnet werden muß, um 1876 vermehrt hat; die Einwohnerzahl beträgt sonach am Schlusse der Berichtswoche 1.465.592. In der Woche vom 11. November bis 17. November kamen zur Meldung Infections-Erkrankungsfälle an Typhus 27, Pocken 0, Malaria 207, Scharlach 96, Diphtheritis 98, Kindbettfieber 7.

Polizeibericht. Am 25. d. M. Vormittags fiel ein noch nicht 2 Jahre alter Knabe in der elterlichen Wohnung, Büdlerstraße 9, in eine mit kochendem Wasser gefüllte Schüssel und erlitt so schwere Verletzungen, daß er am darauffolgenden Morgen verstarb. Am 26. d. M. Mittags wurde ein fünf Jahre alter Knabe vor dem Hause Adlerstraße 61 von einem mit Reis beladenen Arbeitswagen überfahren und erlitt demartige Verletzungen am linken Fuße, daß er nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht werden mußte. Nachmittags wurde ein Arbeiter, als er mit einer Karre voll Mauersteinen über die Gasse der Ringbahn an der Schönhauser Allee fuhr, von einem Güterzuge erfaßt und über den Fuß gefahren. Der Verletzte wurde nach der Klinik gebracht. Um dieselbe Zeit wurde in der Spree, an der Ablassstelle in der Kleinen Stralauerstraße, die Leiche eines unbekanntes Mannes aufgefunden und nach dem Leichenhause gebracht. Zu derselben Zeit wurde ein jähriges Mädchen von einem Geschäftswagen überfahren und am Kopf und an der rechten Hand verletzt. Als ein Kohlenhändler zu derselben Zeit mit seinem Wägelwagen die Gasse der Lieblichstraße und des Tempelhofer Ufers passirte, wurde er von einem wüthenden Mollwagen derart angefahren, daß er vom Wagen fiel und durch Weiberfahren mehrere Verletzungen erlitt. Abends fiel ein Arbeiter auf dem Neubau Dresdenstraße Nr. 97 in eine Grube und trug nicht unbedeutende Verletzungen am Kopfe davon, so daß er nach der Charité gebracht werden mußte. Zu derselben Zeit wurde ein Kaufmann vor dem Hause Algenstraße 1 durch einen von dem Russen Gebhardt geführten Geschäftswagen überfahren und erlitt nicht unbedeutende Verletzungen am Kopfe und am rechten Unterschenkel. Kurze Zeit darauf fiel ein Maler vor dem Hause Dranienstr. 179 zur Erde und brach den linken Unterschenkel. Im Laufe des Tages fanden an drei verschiedenen Orten kleinere Brände statt, welche von der Feuerwehr gelöscht wurden.

Vergnügungs-Chronik.

Ein Jubiläum im Wallnertheater vollzieht sich am morgigen Tage, an welchem der heitere effulente Schwanz „Madame Bonivard“ und der große Cinaller „Der dritte Kopf“ zum fünfzigsten Male in Scene gehen. Direktor Hofmann, der umsichtige Leiter des Wallnertheaters hat mit den Auführungen dieser beiden erfolgreichen Stücke dem Berliner Publikum eine Reihe unergesslicher amüsanten Abende bereitet und es gebührt ihm für die treffliche Inszenierung sowie seinem wackeren Künstlerpersonal, besonders aber den Damen Anna Schramm, Lehmann und v. Hausen, sowie den Herren Gubitz, Weigner, Alexander und Ginalg rückhaltlose Anerkennung.

Gerichts-Zeitung.

Welds schweres Unheil die Trunksucht anzurichten vermag, demies wiederum eine Verhandlung, die gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Aus der Untersuchungsbil wurde der ehemalige Leutnant Couard v. Armin vorgeführt, welcher der Unterschlagung, des einfachen und des verächtlichen schweren Diebstahls in je einem Falle beschuldigt war. Der Angeklagte hat die kaufmännische Laufbahn eingeschlagen, nachdem er aus dem Heere schied. Am 1. Oktober trat er eine neue Stellung als Buchhalter bei der Firma Weder und Ullmann an. Mehrere Tage lang hielt er sich fleißig und nüchtern, dann ging sein Prinzipal auf Reisen und an demselben Tage packte ihn der Schnapsweil wieder, er kam betrunken in's Komptoir. Die ihm anvertraute kleine Kasse enthielt 157 M., er nahm den ganzen Betrag an sich und ging wieder fort. Weder im Komptoir noch in seiner Behausung — Der Angeklagte ist verheirathet und Familienvater — ließ er sich in den nächsten Tagen sehen, er trieb sich so lange herum, bis der letzte Pfennig des unterschlagenen Geldes verjubelt war. Er mußte dann auf's neue Geld zu Schnaps haben und sank zum Diebe herab. Mit Hilfe des ihm anvertrauten Schlüssels

öffnete er nach G. Schlüssel das Komptoir und entnahm aus demselben einen kleinen Prinzipal gehörigen Koff, den er für 2 M. 40 Pf. versetzt ließ. Als auch dies Geld durch die Gurgel gejagt war, schritt er, von Stufe zu Stufe sinkend, zu einem schweren Diebstahl. Er begab sich wieder ins Komptoir und versuchte mittelst eines falschen Schlüssels das Bolt seines Kollegen, in welchem er eine größere Summe aufbewahrt wußte, zu öffnen. Der Bart des Schlüssels brach im Schlosse ab und blieb es daher beim Versuche. Der Angeklagte, ein noch junger, kräftiger Mann, war in allen Punkten geständig. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von neun Monaten, der Gerichtshof erkannte auf sechs Monate Gefängnis.

Hamburg, 22. November. Die Krokodile, welche in diesem Sommer die Elbe massenhaft unsicher machen und besonders den Badenden gefährlich sein sollten, bildeten heute den Gegenstand einer Gerichtsverhandlung, aus der folgendes hervorgeht. Der Kapitän Frederik Fry vom Dampfer „City of Lincoln“ hatte in Neworleans 46 Alligatoren mitgenommen, von denen er 29 Stück mit in den hiesigen Hafen brachte, wofür zwei derselben vom Bord entlassen. Kapitän Fry erbielt infolge dessen von der Polizeibehörde einen Strafbefehl auf 50 M., weil er gegen die Bestimmung des § 307, 11 des Strafgesetzbuches bei der Verwahrung gefährlicher wilder Thiere die erforderlichen Vorsichtsmaßregeln zur Verhütung von Beschädigungen unterlassen habe. Gegen den Strafbefehl hat Kapitän Fry Einsprache erhoben, um die Sache zur gerichtlichen Entscheidung zu bringen. Kapitän Fry erklärte, daß die Alligatoren in einem eigens dazu hergerichteten, mit Segeltuch überpannten Poole auf Deck untergebracht und genügend versichert waren. Die beiden entlaufenen seien wieder eingefangen. Einer derselben wurde sofort von dem Steuermann wieder aus dem Wasser geholt. Die von dem Kapitän mitgebrachten Thiere waren circa fünf Monate alt und infolge der auf Deck herrschenden wärmeren Temperatur mobil geworden. Die Alligatoren hätten höchstens einen Tag im Eißwasser leben können und so wäre im Uebrigen keine Gefahr vorhanden gewesen, da die Thiere sehr scheu seien. Der Sachverständige Direktor Bolow erklärt, daß 5 Monate alte Alligatoren ungefährlich sind und auch keine gefährlichen Bisse bedingen können. Die Thiere hätten allerdings in der Elbe längere Zeit leben können. Im zoologischen Garten befanden sie sich bei 10-20 Gr. R. wohl und munter. Bei 12-13 Gr. R. fäßen sie aber nicht mehr. Uebrigens könne man in dem Behälter der Thiere, die zehn Monate alt seien, ungefährdet herumgehen, sie griffen selbst fremde Menschen nicht an, sondern wichen sehr auseinander. Große Alligatoren seien gefährlich. Mehrere Zeugen bezeugten, daß der entlaufene Alligator, der, von dem Steuermann mit der Hand wieder eingefangen sei, zwischen 2 und 3 Fuß lang gewesen sei. Der Anwalt glaubt, daß es gar nicht darauf ankomme, ob die in Rede stehenden Alligatoren gefährlich waren oder nicht, jedenfalls seien Alligatoren als wilde Thiere zu bezeichnen und müsse auf eine Strafe gegen den Kapitän erkannt werden. Eine eventuelle Herabsetzung der Strafe giebt der Anwalt dem Gericht anheim. Das Gericht ist der Ansicht, daß genügende Vorsichtsmaßregeln nicht angewandt sind und ernennt den Kapitän zu einer Geldstrafe von 30 M. eventuell 6 Tage Haft.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Die Ergebnisse der deutschen Volkszählung vom 1. Dezember 1885, die bezüglich der Hauptzahlen bereits zu Anfang des vorigen Jahres vom statistischen Amt veröffentlicht worden sind, hegen nunmehr auch nach allen Einzelheiten vor; sie bilden den Gegenstand der Nachweisungen des fürzlich erschienenen 32. Bandes neuer Folge der Statistik des Deutschen Reichs. In zehn tabellarischen Uebersichten werden mitgeteilt: die nach der Bevölkerung und den Gesetzen des Reichs aus den Volkszählungs- Ergebnissen festgestellten Bevölkerungszahlen; ein Nachweis über das Wachstum der Bevölkerung; eine Aufstellung über den Flächeninhalt und die Volksdichtigkeit sowohl der einzelnen Staaten und größeren Landestheile, als auch der Kreise, Kremler und sonstigen kleineren Verwaltungsbezirke; ein Verzeichniß der einzelnen Städte und ihrer Einwohnerzahl; eine Nachweisung über die Wohnhäuser und sonstigen bewohnten Baulichkeiten, sowie über die Haushaltungen; mehrere Aufstellungen über das Alter und den Familienstand; dann eine solche über den Geburtsort und endlich über das Religionsbekenntniß. Eine ausführliche Einleitung enthält eine Schilderung des Zählungsverfahrens und eine Beschreibung der gesammten Zählungsergebnisse, bei welcher auch die Ergebnisse früherer Zählungen, sowie die bezüglichlichen Zahlen für fremde Länder zum Vergleich herangezogen sind. beigefügt ist der Veröffentlichung eine statistische Darstellung der Dichtigkeit der Bevölkerung des Deutschen Reichs.

Wir heben aus dem Inhalt des genannten Werkes hier einige Zahlen hervor, welche sich auf die Vertheilung der Bevölkerung nach Wohnorten beziehen. Wenn man als Großstädte die Orte von mindestens 100.000 Einwohnern, als Mittelstädte die von 20 bis 100.000, als Kleinstädte die von 5 bis 20.000, als Landstädte die von 2 bis 5.000, als Landorte endlich die von weniger als 20 Einwohnern bezeichnet, so lebten am 1. Decbr. 1885 von der Gesamtbevölkerung in den 21 Großstädten 4.446.381 Einwohner, in 116 Mittelstädten 4.171.874, in 683 Kleinstädten 6.054.629, in 1961 Landstädten 5.805.893, in allen übrigen (Land-)Orten 28.378.927.

Zusammen 40.865.704 Einwohner. Danach kommen auf die Landbevölkerung 56,3 pCt., auf die Stadtbewölkerung 43,7 pCt. der gesammten Einwohnerzahl des Reichs, und zwar speziell auf die Großstädte 9,5, die Mittelstädte 8,9, die Kleinstädte 12,9 und auf die Landstädte 12,4 pCt. Seit dem Jahre 1871 ist der Procentsatz der städtischen Bevölkerung und namentlich derjenige der größeren Städte ein immer größerer geworden; unterscheidet man nämlich die Wohnorte nach den verschiedenen Größenklassen auf Grund der Einwohnerzahlen, wie sie die jedesmalige Volkszählung ergeben hat, so lebten unter 100 Einwohnern des Reichs

	1871	1875	1880	1885
in Großstädten	4,8	6,2	7,2	9,5
in Mittelstädten	7,7	8,2	8,9	8,9
in Kleinstädten	11,2	12,0	12,6	12,9
in Landstädten	12,4	12,6	12,7	12,4
in anderen Orten	63,9	61,0	58,6	56,3

Vereine und Versammlungen.

Versammlung sämtlicher Arbeiter Berlins am Donnerstag, den 29. November, Abends 8 Uhr, in Feuerstein's unterem Saal, Alte Jakobstraße 75: Tagesordnung: 1. Zweck und Ziel des Lehrkursus über die erste Hilfe bei Unglücksfällen durch einen praktischen Arzt. Diejenigen, welche den Lehrkursus mitmachen wollen, werden in der Versammlung aufgenommen. Zur Deduktion der Unkosten dieser Versammlung findet eine Teilerhebung statt. **Verband deutscher Zimmerleute** (Kolaloverband Berlin Ost und Umgegend). Versammlung am Mittwoch, den 28. d. M., Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Hoffmann, Große Frankfurterstraße 72-73. Tagesordnung: 1. Die Auforderung der Gewerbedeputation. 2. Die Beschlässe der kombinierten Sitzung am 15. d. M. 3. Antrag des Vorstandes. 4. Verschiedenes und Protokolle. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Gäste willkommen.

Verein für Feuerbestattung in Berlin. Nächste Versammlung der Mitglieder mit Damen am Mittwoch, den 28. November, Abends 8 Uhr, Niederwallstraße 20. Tagesordnung: 1) Geschäftliche Mittheilungen und Protokolle. 2) Vortrag des Herrn Dr. med. Baedtel „Die Leichenbestattung vom medizinischen Standpunkt betrachtet“. 3) Vortrag des Herrn Leutnant Helm über die Bestattung der Feuerbestattungskosten bei der Schlesischen Lebensversicherungsgesellschaft in Breslau. — Gäste willkommen.

Berliner hygienischer Verein. Programm für November 1888. (Gäste, auch Damen, willkommen!) Donnerstag, 29. November, 8 Uhr: in Lammer's Klubhaus (früher Kommandantenstr. 71-72, nahe Deuthstraße: Vortrag des Sanitätsrath Dr. Niemyer: über Herzschlag, Herzklappen und Blutkreislauf überhaupt vom hygienischen Standpunkte. Praktische Demonstrationen: 1) Dr. Sorghet's Mikroskop. 2) Milchmesser. Apparat für Fischmilch. 3) Gaiser's Wasserprüfer. 3) Reiss's Marino Unterzeug.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine am Mittwoch. Männergesangverein „Jugendlust“ Abends 8½ Uhr im Restaurant Passhof, Gartenstr. 162. — Männergesangverein „Cäcilie“ Abends 9 Uhr im Restaurant, Köpenickerstraße 127a. — Gesangverein „Männerchor Linde“ Abends 8½ Uhr im Restaurant, Raunowstraße 70. — Männergesangverein „Sangeslust“ Abends 9 Uhr im Restaurant Muehldorf, Landsbergerstr. 11. — „Freya“, Gesangverein der Freireligiösen Gemeinde, Abends 8½ Uhr im Restaurant Benedek, Große Hamburgerstraße 16. Doppelte Sängervereinigung jeden Mittwoch nach dem Essen im Monat, Abends 9 Uhr, im Restaurant Heide, Lichtenbergstraße. — „Seeger'scher Gesangverein“ Abends 9 Uhr im Restaurant Schütz, Brenzlauerstr. 41. — Gesangverein „Sammeln“ Abends 8½ Uhr im Restaurant Sahm, Annenstraße 18. Männergesangverein „Lobbeckstr.“ Abends 9 Uhr im Restaurant Karisch, Dranienstr. 190. — Gesangverein „Nordsee“ Abends 9 Uhr in Bettin's Bierhaus, Peteratenstr. 12. Männergesangverein „Schneeglöckchen“ Abends 9 Uhr im Restaurant Doberstein, Mariannenstr. 31-32. — Gesangverein „Sängertrunde“ Abends 8½ Uhr Budowerstraße 9. — „Sangeslust“ im Restaurant Hensel, Brüderstr. 26. I. Uebungsstunde von 8½ bis 11 Uhr Abends. — Gesangverein „Sängerbund“ Abends 9 Uhr bei Käyoldt, Reichenbergerstr. 18. Uebungsstunde Turnverein (1. Lehrkursabtheilung) Abends 8½ Uhr Elisabethstraße 57-58. — Turnverein „Wedding“, Männer-Abtheilung von 8½ bis 10½ Uhr Abends. — Uebungsstunde 1. Lehrkurs- Abtheilung von 8 bis 10 Uhr Abends. — „Neue Welt“, Verein für Scherz und Spass, Abends 8½ Uhr im Restaurant Heid, Fruchtstraße 18. — Schlesischer Verein „Holtei“ Abends 9 Uhr im Restaurant, Hollmannstraße 33. — Vergnügungsverein „Sängertrunde“ Abends 9 Uhr im Restaurant Säger, Grüner Weg 29. — Schlesischer Verein „Holtei“ Abends 8½ Uhr Beimgasse 10. — Wissenschaftlicher Verein für Koller'sche Stenographie, Abends 8½ Uhr im Restaurant Bese, Alte Schönhauserstraße 42. Unterricht und Uebungsstunde. — Koller'sche Stenographenverein „Süd-Berlin“. Abends 8½ Uhr im Restaurant Brinzenstraße 97. Sitzung und Uebungsstunde. — Koller'scher Stenographenverein „Amicitia“ Abends 8½ Uhr im Restaurant Behrends, Schönebergerstraße 6. — Koller'scher Stenographenverein „Philia“ Abends 9 Uhr im Restaurant, Wilhelmshagen, Kochstraße 7. — Verein ehemaliger Schüler der 22. Gemeindefchule Abends 9 Uhr im Restaurant Lehmann, Rurfsürststraße 31. — Berliner Rauchklub „Wangel“, Abends 9 Uhr im Restaurant Foge, Köpenickerstraße 191. — Rauchklub „Cavanna 80“ Abends 8½ Uhr im Restaurant, Reichenbergerstraße 16. — Rauchklub „Gemüthlichkeit“, Abends 9 Uhr im Restaurant Uebel, Köpenickerstraße 161. — Rauchklub „Columbia“ Abends 8½ Uhr im Restaurant, Brinzenstr. 96. — Rauchklub „Frisch gewohnt“ Abends 8½ Uhr im Restaurant Tempel, Dresdenerstraße 27. — Rauchklub „Biese“ Abends 8½ Uhr Ostbahn 4 bei Trumpf. — Vergnügungsverein „Frischheit“, gegründet 1880, Abends 9 Uhr Grüner Weg 29.

Kleine Mittheilungen.

London. In Ostende wurde in vergangener Nacht ein Mann unter sehr verdächtigen Umständen verhaftet. Am 2. und 2 Uhr Morgens hörte man eine Frau, die sich in der Begleitung eines Mannes befand, in einer engen Gasse in der Nähe von Brick-lane laut „Mord“ und „Polizei“ rufen. Jetzt ergriß der Mann sehr eilig die Flucht, wurde aber nachdem er durch mehrere Straßen von Konstablern verfolgt und verzwweifelt Widerstand geleistet haben, aber schließlich bewältigt und nach der Polizeiwache in Commercial-Street gebracht.

Telegraphische Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.) **Hamburg, Dienstag 27. November.** Der Postbeamte „Notavia“ der Hamburg-Amerikanischen Packetfabrikationsgesellschaft hat, von New York kommend, heute 8 Uhr Morgen Lizard passirt. **Hamburg, Dienstag 27. November.** Der Postbeamte „Gelleit“ der Hamburg-Amerikanischen Packetfabrikationsgesellschaft ist, von New-York kommend, heute Vormittag 11 Uhr von der Elbe eingetroffen. **Sern, Dienstag 27. November.** Der Handelsreisende Detkenstein ist heute früh 1½ Uhr infolge der Veinarbeitung welcher er sich am 24. d. unterzog, gestorben. **Paris, Dienstag, 27. November.** In der heutigen Sitzung des Ministerrath erkläre der Justizminister Ferrouillat, er werde die neuerdings eingegangenen Anträge zur gerichtlichen Verfolgung Ruma Gily's der Kammer heute noch nicht vorlegen, sondern warten, bis die nöthigen Formalitäten erfüllt seien, dann die festigen Anträge zugleich mit den früheren zu prüfen, was voraussichtlich Donnerstag geschehen könne. **Paris, Dienstag, 27. November.** Infolge des Streiks in Charleroi und der Bewegung im Borinage hat der Präfect des Departements du Nord Sicherheitsmaßregeln an der Grenze zwischen Lille und Aoesnes, getroffen. **London, Dienstag, 27. November.** Der „Globe“ hat am Sonntag auf der Schenkerstraße Plymouth und heute in London angekommen, und der „Globe“ hat heute auf der Austreise Visabon passirt. (Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.) **Paris, Dienstag, 27. November.** Deputirtenkammer. Wahl Boulanger's im Departement du Nord wurde für erklärt. — Einem Theile der Sitzung wohnte Wilson bei. Die Beratung des Finanzbudgets wurde beendet, alsdann beschloffen, von Freitag an alle Tage Sitzung abzuhalten. Der Präsident Reine erkläre, er habe Besuch zum gerichtlichen Vorgehen gegen einen Deputirten halten. Die Sitzung wird darauf geschlossen. Boulanger wird seine Mandate als Deputirter der Seine und der Charente inférieure niederlegen und nur das im Departement du Nord behalten. Wie verlautet, wird der Dillon im Departement der Somme kandidiren. In einer Versammlung des „Grand Orient“ wurde geschlossen, an der Kundgebung am 2. Dezember am Gaudin's theilzunehmen. **Hamburg, Dienstag, 27. November.** Der Postbeamte „Polynia“ der Hamburg-Amerikanischen Packetfabrikationsgesellschaft ist, von Hamburg kommend, heute Morgen 7 Uhr in New York eingetroffen.